

– Die Landesregierung hat ihre Redezeit nicht überzogen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh! – Unruhe)

Ich kann sogar darauf hinweisen, dass die Landesregierung noch 3 Minuten 26 Sekunden Redezeit hätte.

(Heiterkeit von der CDU und der FDP – Zurufe)

Alle anderen Fraktionen haben aber ihre Redezeitkontingente fast vollumfänglich erschöpft. Darüber hinaus will ich gar nicht werten.

Jedenfalls liegen mir ganz offiziell keine Wortmeldungen mehr vor. – Das bleibt auch nach einem Blick in die Runde so. Auch meine Kollegen hier oben haben nichts anderes festgestellt. Das heißt, dass wir am Schluss der Aussprache angelangt sind und zu den Abstimmungen kommen.

Erstens stimmen wir über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/14939 ab. Hier hat die antragstellende Fraktion direkte Abstimmung beantragt, sodass ich frage, wer dem Inhalt dieses Antrags zustimmen möchte. – Das ist, nicht überraschend, die antragstellende Fraktion mit ihren Abgeordneten. Gegenstimmen? – Gegenstimmen sehe ich bei den Fraktionen von CDU, FDP und AfD.

(Zuruf von der SPD: Großes Bündnis! – Weiterer Zuruf von der SPD)

Wer enthält sich? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/14939 abgelehnt** wurde.

Ich lasse zweitens über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/14953 abstimmen. Auch hier haben die antragstellenden Fraktionen direkte Abstimmung beantragt, sodass ich frage, wer dem Inhalt des besagten Antrags zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion der AfD. Enthaltungen? – Enthaltung der Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit stelle ich fest, dass dieser **Antrag Drucksache 17/14953 angenommen** wurde.

Ich lasse drittens über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/14954 abstimmen. Auch hier haben die antragstellenden Fraktionen direkte Abstimmung beantragt, sodass ich frage, wer dem Inhalt des Antrags zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Gegenstimmen der Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass

der **Antrag Drucksache 17/14954** die Mehrheit im Hohen Hause gefunden hat und **angenommen** wurde.

Weitere Abstimmungen sind hierzu nicht vorgesehen, sodass wir den Tagesordnungspunkt 1 abgearbeitet haben.

Ich rufe auf:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

erste Lesung

Und:

Finanzplanung 2021 bis 2025 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 17/14701

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2022 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 – GFG 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14702

erste Lesung

Bevor ich der Landesregierung das Wort zur Einbringung erteile, erhält Frau Abgeordnete Kollegin Philipp das Wort zur Geschäftsordnung.

Zur Geschäftsordnung

Sarah Philipp (SPD): Ganz herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich will es gar nicht unbedingt in die Länge ziehen, glaube aber, dass wir noch einmal zum Beginn der heutigen Debatte zurückkommen müssen.

Einige haben es heute anklingen lassen: Es war beim ersten Tagesordnungspunkt sehr hitzig. Es ging hoch her. Jetzt konnten wir uns hier gegenseitig die Schuld in die Schuhe schieben, warum es so hitzig gewesen ist. Ich will aber noch einmal den Blick zurück richten – auf die Debatte, auf die Unterrichtung und auf den Auslöser, warum es hier hitzig

zugegangen ist. Das lag an zwei entscheidenden Faktoren.

Der erste Punkt war dieser unverschämte und unterirdische Auftritt des Innenministers, den wir uns hier gerade anhören mussten.

(Beifall von der SPD und Markus Wagner [AfD] – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU und der FDP)

Er wollte uns erzählen, wie das Parlament zu arbeiten hat, und hat gute Ratschläge gegeben, wie wir als Parlament vorgehen sollen. Das steht ihm nicht zu.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Philipp, Sie kennen die Regelungen zur Geschäftsordnung. Ich darf Sie bitten ...

Sarah Philipp (SPD): Der zweite Punkt war die Nichtanwesenheit des Ministerpräsidenten.

(Unruhe)

Jetzt komme ich zur Geschäftsordnung zurück. Ich will zu dem zurück, was Kollege Mostofizadeh heute schon zu Beginn, vor Eintritt in die Tagesordnung, thematisiert hat.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Zu Recht!)

Es ist ja nicht besser geworden. Der Ministerpräsident ist jetzt nicht da.

(Zurufe von der CDU)

Ich gehe davon aus, dass er auch nicht wiederkommt. Wir wollen hier heute die Haushaltseinbringung diskutieren und debattieren.

(Bodo Löttgen [CDU]: Sie bringen gar nichts ein! – Zurufe von der SPD)

Es gehört sich so, dass der Ministerpräsident bei dieser Debatte anwesend ist.

(Anhaltender und lebhafter Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Markus Wagner [AfD] – Dietmar Brockes [FDP]: Das ist Ihre politische Ahnungslosigkeit!)

Ich habe so langsam das Gefühl, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass Sie es gar nicht so schlimm finden, dass er heute mal nicht hier ist. Auch das kann ja sein. Auch das kann ich nachvollziehen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Aber uns ist das wichtig. Es gehört sich so, dass er anwesend ist.

(Zurufe von der CDU)

Deswegen möchte ich nach § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung beantragen, jetzt unverzüglich eine Sondersitzung des Ältestenrates einzuberufen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen Geschäftsordnungsantrag auf Unterbrechung der Plenarsitzung und Einberufung des Ältestenrates ausführlich begründet bekommen. – Ich habe eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Herrn Abgeordneten Höne gesehen. Bitte sehr.

Henning Höne (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Plenarsitzung ist 2 Stunden und 9 Minuten alt, und es ist nicht eine Minute vergangen, in der nicht klar geworden ist, wem Umfragewerte der letzten Tage zu Kopf gestiegen sind.

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU – Heiterkeit von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Tää, tää, tää!)

Ich freue mich übrigens insbesondere über die Anwesenheit derjenigen SPD-Kollegen, die ich hier im Plenarsaal viereinhalb Jahre quasi nicht gesehen habe.

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Herzlich willkommen. Schön, dass Sie sich für Ihr Mandat interessieren.

(Anhaltender und lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Höne, auch für Sie gilt der Hinweis auf die Geschäftsordnung.

Henning Höne (FDP): Meine Damen und Herren, jede Fraktion hat das Recht, die Einberufung des Ältestenrates zu beantragen. Wir können das insofern gerne dort besprechen.

Wenn jetzt aber beantragt wird, die Plenarsitzung zu unterbrechen, um diese Sitzung schnellstmöglich durchzuführen, kann ich Ihnen mitteilen: Wir werden dieser Unterbrechung der Plenarsitzung nicht zustimmen.

(Christian Dahm [SPD]: Brauchen Sie auch gar nicht! – Weiterer Zuruf von der SPD: Brauchst du auch nicht! Schlecht informiert!)

Wir haben ein volles Programm und viele Tagesordnungspunkte, die vor uns liegen.

Die Tatsache, dass Sie immer wieder zu der Rolle des Ministerpräsidenten als Kulturbvollmächtigtem

für die deutsch-französischen Beziehungen zurückkommen – einer Rolle, die übrigens erstmals ein Ministerpräsident aus Nordrhein-Westfalen innehat und ausfüllt; ich betone: erstmals –,

(Beifall von der FDP und der CDU)

nehmen wir zur Kenntnis.

Vor allen Dingen aber nehmen wir zur Kenntnis, dass die Opposition nicht genug von Ministerpräsident Armin Laschet bekommen kann.

Die weiteren Abstimmungen in dieser Sache werden aber genauso ausgehen wie die erste.

(Anhaltender und lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit hat es zwei Wortmeldungen zur Geschäftsordnung gegeben. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung? – Herr Abgeordneter Mostofizadeh.

(Unruhe)

Mehrdad Mostofizadeh^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es mag ja Stil der Kollegen der FDP sein, hier mit Schenkelklopfen Debatten führen zu wollen. Das können Sie gerne machen, Herr Kollege Höne.

(Zurufe von der FDP und der CDU)

Es ist aber dem Ernst der Lage, ehrlich gesagt, nicht angemessen.

Dass der Ministerpräsident hier vorhin ein Bäumchen-wechsel-dich-Spiel gemacht hat, wäre allein schon Grund genug,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist unglaublich! Unglaublich! – Weitere Zurufe von der CDU)

dem Parlament einmal vorzutragen, wie er gedenkt, Respekt gegenüber dem Parlament zu zeigen.

Frau Präsidentin, ich bitte Sie ausdrücklich, sich vor Beschlussfassung dazu zu äußern, wie der § 9 von Ihnen ausgelegt wird. Denn Sie können dem Begehren der SPD-Fraktion, den Ältestenrat einzuberufen, dem wir uns anschließen werden, natürlich sofort Rechnung tragen und die Sitzungsunterbrechung anordnen.

Diese Sitzungsunterbrechung macht auch nur jetzt Sinn;

(Christof Rasche [FDP]: Das macht keinen Sinn!)

denn das, was Frau Kollegin Philipp ausgeführt hat, ist nur jetzt zu besprechen, weil eine Verlegung nur jetzt möglich zu machen ist.

(Dietmar Brockes [FDP]: Reines Wahlkampf-spektakel!)

Deswegen bitte ich das Präsidium ausdrücklich, zu prüfen, ob eine Abstimmung hier nötig ist oder ob Sie als Präsidium die Entscheidung treffen können, wie es der § 9 unserer Geschäftsordnung ausdrücklich auch vorsieht, hier die Sitzung zu unterbrechen.

(Karl Schultheis [SPD]: Wenn eine Fraktion das will, dann ist das klar!)

Ich sage das vor folgendem Hintergrund: Ich bin seit mittlerweile über elf Jahren Parlamentarier hier und habe vorher neun Jahre für die Landtagsfraktion der Grünen gearbeitet.

(Zurufe)

Ich kann mich an keine Sitzung erinnern – sonst müsste ich Johannes Rimmel noch einmal fragen –, in der in diesem Parlament einem Wunsch auf Sitzungsunterbrechung nicht stattgegeben worden ist.

(Zuruf von Stefan Kämmerling [SPD])

So viel zur Kultur von CDU und FDP hier in diesem Hause, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage jetzt, ob es noch weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung gibt. – Das ist nicht der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in § 9 Abs. 2 heißt es:

„Die Präsidentin bzw. der Präsident beruft den Ältestenrat ein ...“

Darin steht allerdings nichts davon, dass das unverzüglich zu erfolgen hat.

Wir haben eine Plenarsitzung. Diese geht dem nach meiner Auslegung vor, sodass ich jetzt ganz regulär über den gestellten Geschäftsordnungsantrag auf Unterbrechung der Plenarsitzung abstimmen lasse.

(Zurufe von der SPD: Das ist nicht Ihr Ernst!)

Wenn das Hohe Haus hier zu einem anderen Ergebnis kommt, werden wir selbstverständlich unterbrechen und den Ältestenrat einberufen.

(Zurufe von der SPD)

An dieser Stelle

(Jochen Ott [SPD]: Es gibt auch noch einen zweiten Satz!)

darf ich jetzt diejenigen

(Zurufe von der SPD: Unglaublich!)

um ihr Handzeichen bitten, die dem von Frau Kollegin Philipp und Herrn Abgeordneten Mostofizadeh gestellten und unterstützten Geschäftsordnungsantrag zustimmen möchten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die anwesenden Abgeordneten der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP.

(Zuruf von der SPD: Oh, das ist peinlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich habe selbstverständlich noch zu fragen, ob eine Kollegin oder ein Kollege ...

(Unruhe)

– Es wäre sehr fair, wenn wir hier verstehen könnten, worüber wir jetzt abstimmen.

(Jochen Ott [SPD]: Unfassbar! – Weitere Zurufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte jetzt diejenigen Kolleginnen und Kollegen bitten, aufzuzeigen, die sich der Stimme enthalten möchten. – Das ist niemand. Dann ...

(Sven Wolf [SPD]: Und jetzt?)

Dann sind wir auch nach Beratung hier im Sitzungsvorstand übereinstimmend der Auffassung,

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist nicht liberal, sondern liberalala!)

dass der **Antrag auf Unterbrechung der Plenarsitzung keine Mehrheit gefunden** hat.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit fahren wir in der Plenartagesordnung fort, und zwar mit dem bereits aufgerufenen Tagesordnungspunkt 2.

Zur Einbringung des Haushaltsgesetzes 2022 und der Finanzplanung hat nun Herr Finanzminister Lienenkämper das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

(Unruhe)

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich frage mich, ob ich Ihnen noch Gelegenheit zum bilateralen Austausch geben muss oder ob wir fortfahren können.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Kümmern Sie sich besser um den Haushalt, damit der mal in Ordnung kommt! Das wäre besser!)

– Ja, dafür haben wir jetzt ja eine ganze Menge Zeit.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Bei dem, was man so alles in der Zeitung liest, wie es um den Haushalt bestellt ist, wäre das besser!)

– Sehr gut. Dann machen wir die Zwischenrufe schon vor Beginn der Rede. Das ist auch gut, Herr Kollege Klocke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Als langjährige Parlamentarier können wir uns auch immer auf neue Regeln untereinander verständigen.

Ich fange jetzt ganz offiziell an: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vor vier Jahren habe ich hier zum ersten Mal als Minister der Finanzen vor Ihnen gestanden, um Sie davon zu überzeugen,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Nordrhein-Westfalens Finanzen auf eine neue Grundlage zu stellen. Mit unserem ersten Gestaltungshaushalt und der ersten mehrjährigen Finanzplanung haben wir ein knappes halbes Jahrhundert beendet, in dem sogar die regulären Haushalte in Nordrhein-Westfalen stets und jedes Jahr mit neuen Schulden geplant worden sind.

(Beifall von der CDU)

Die neue Landesregierung hatte deshalb das politische Mandat, Ordnung in einem Etat herzustellen, der über viele Jahrzehnte aus dem Ruder gelaufen war. Wir hatten das Mandat, eine neue Architektur der Finanzen zu schaffen, die wieder mehr zutraut und gleichzeitig mehr ermöglicht, die auf die Fantasie der Menschen setzt, statt fantasielos zu verwalten, die Nordrhein-Westfalen aus der politischen Lethargie herausholt und endlich das Zupacken belohnt, ohne dass eine Soziale Marktwirtschaft nicht funktioniert, also eine Finanzarchitektur zu schaffen, die unser Land Nordrhein-Westfalen wieder zu dem Ort in Deutschland macht, wo man hinget, wo die Luft brennt, wo man es schaffen kann, kurzum, Nordrhein-Westfalen zu einem echten Aufsteigerland zu machen.

Der neue Haushaltsplan für 2022 und die Finanzplanungsjahre 2023 bis 2025 fügen sich nahtlos in diese Linie ein. Alleine im Jahr 2022 sieht der Entwurf Rekordinvestitionen in Höhe von 9,6 Milliarden Euro für Innovationen und Zukunftstechnologien, für Familie und Bildung, für innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen vor. Niemals zuvor gab es in der Geschichte des Landes geplante Investitionsausgaben in einer solchen Höhe.

(Beifall von der CDU)

Und noch mehr, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen: Über fünf Jahre waren es sogar 44,2 Milliarden Euro. Das sind rund 56 % mehr Investitionen als in der gesamten vergangenen Legislaturperiode 2013 bis 2017. Das ist Rekord, und das tut unserem Land Nordrhein-Westfalen gut.

(Beifall von der CDU)

In der alten Architektur der Finanzen dieses Landes verlief wenig nach Plan. Da waren Durchschlingern, Kuddelmuddel und Baupfusch angesagt. Das war die Regel. Wir haben das beendet.

Wir bleiben nach der Regierungsübernahme im Rahmen unserer Planung. Auch der neue Haushalt 2022 steht dafür. Mit einem Gesamtvolumen von 87,5 Milliarden Euro gehen wir nicht über das Niveau der letzten Finanzplanung 2019 bis 2023 vor der Coronapandemie hinaus. Ausgenommen hiervon sind alleine durchlaufende Posten im neuen Landeshaushalt. Das bedeutet im Kern auch: Im regulären Kernhaushalt wird es in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin keine Schulden geben.

Wir wissen jedoch alle: Regulär waren gerade die letzten beiden Jahre wahrlich nicht – zuerst Corona, dann das Unwetter. Das waren zwei enorme, beispiellose Krisen, und die auch noch gleichzeitig. Auch das stellt ein neues Phänomen unserer Landesgeschichte der letzten Jahrzehnte dar.

Was bedeutet das jetzt für den eingeschlagenen Weg zum Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen? Vor allem eines: Der Pfad dorthin wird noch klarer. Unsere Lehre lautet: Wer aufsteigen will, der braucht ein solides finanzwirtschaftliches Fundament. Sonst tritt man ins Nichts. Und der Boden kann verdammt fragil sein, wie diese Krisen in trauriger Weise verdeutlichen.

Zuerst fiel während der akuten Coronapandemie in kurzer Zeit für Millionen Menschen ihre Existenzgrundlage weg. Bei Restaurants, Veranstaltungen und Geschäften kam es zu Zwangsschließungen wegen des Infektionsschutzes.

Dann kam die furchtbare Unwetterkatastrophe hinzu. Buchstäblich über Nacht lehrte uns die Natur, wie zerbrechlich unser Leben ist. Mitten in Nordrhein-Westfalen verloren Menschen ihr Zuhause, manche gar ihr Leben, Angehörige ihre Liebsten. Der Boden wurde wortwörtlich unter den Füßen weggezogen durch eine so vorher nie da gewesene Flutwelle.

Und doch: Aus dieser Krise keimt auch Hoffnung. Weltweit zeigen die Menschen Mitgefühl mit den von der Flut betroffenen Menschen in Deutschland. Sogar das Rathaus in Tel Aviv ist großflächig in den Farben Schwarz-Rot-Gold angestrahlt gewesen.

Überwältigende Solidarität zeigen auch die Menschen in ganz Deutschland. Wie viele Sach- und Geldspenden haben die Menschen vor Ort erreicht? Wie tatkräftig war die Unterstützung von Bundeswehr und Hilfsdiensten auch aus anderen Bundesländern und die der vielen freiwilligen Helfer?

Also sah man neben all dem Leid ein Land, wo Nachbarn füreinander eintraten, wo ehrenamtliche und professionelle Helfer zu Helden wurden, einzelne ihren Mut sogar mit dem eigenen Leben bezahlten. Wir sahen ein Land, das im besten Sinne zusammenhält.

Heute Vormittag hatten wir dazu eine bewegende Gedenkstunde und anschließend eine bewegte Unterrichtung der Landesregierung.

Als Minister der Finanzen ist es meine oberste Pflicht, bei alledem einen kühlen Kopf zu bewahren, jeden Tag aufs Neue zu beurteilen, wo wir wie mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen das Bestmögliche für unser Land erreichen können, und dabei niemals zum Getriebenen von Ereignissen zu werden, sondern Nordrhein-Westfalens Steuermittel sorgsam, planvoll, aber auch wirkungsvoll einzusetzen und dabei mitten in der Krise auch an morgen zu denken oder, um im Bild der Finanzarchitektur zu bleiben, zumindest den finanziellen Boden für Stabilität zu gewährleisten, gerade wenn der echte Boden wackelt und bebt.

Denn genau an dieser Stelle zeigt sich ultimativ, ob eine Finanzarchitektur wirklich trägt oder ob sie unter der Schwerlast zusammenbricht. Keine Frage: Diesen Praxistest habe ich mir wahrlich nicht gewünscht. Aber eine höhere Instanz hat anders entschieden. Das Ergebnis ist allerdings eindeutig: Nordrhein-Westfalens neue Finanzarchitektur trägt.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Unser Land kam wirtschaftlich besser durch die Coronapandemie als der Bundesdurchschnitt. Wir werden auch die Flutkatastrophe gemeinsam und solidarisch meistern. Die Wiederaufbauhilfe und ihre Finanzierung ist ein gesamtdeutscher Kraftakt, der uns auch noch die nächsten Jahre beschäftigen wird. Unsere Haushaltsarchitektur mit Maß und Mitte war Voraussetzung für die wirksame Hilfe in der Not.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Am 24. März 2020 haben wir hier im Landtag gemeinsam mit den Stimmen aller Fraktionen den bis zu 25 Milliarden Euro umfassenden NRW-Rettungsschirm beschlossen. Bereits zu Beginn der Pandemie wurde fast eine halbe Milliarde Euro bereitgestellt, um dringend benötigte Materialien, Beatmungsgeräte, Schutzausrüstungen und vieles mehr anzuschaffen. Besonders die Krankenhäuser und Universitätskliniken haben Herausragendes geleistet und tun es weiterhin.

Daher legen wir bei unserem Nordrhein-Westfalen-Programm einen Schwerpunkt auf die Investitionsprogramme für Krankenhäuser, für Pflegeschulen und für Universitätskliniken.

Wir werden den Rettungsschirm auch 2022 intakt halten, um im Rahmen der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse notwendige und ökonomisch sinnvolle Maßnahmen zur Bewältigung der Coronakrise ergreifen zu können.

Klar ist aber auch: In beiden Krisen waren wir unser bewährtes Grundprinzip der neuen Haushalts- und Finanzarchitektur, nämlich Transparenz und Klarheit.

Deshalb wird nichts miteinander vermengt. Wir bauen keine verschnörkelten Erker. Nein, der Kernhaushalt für das Land Nordrhein-Westfalen bleibt das eine und die Krisenhilfe eben das andere. Beides, Kernhaushalt und Hilfe in der Not, haben nur insofern etwas miteinander zu tun, als dass ordentliche Kernfinanzen eine unabdingbare Voraussetzung für die Resilienz in einer akuten Krise sind.

Ich habe eingangs schon gesagt: Niemand konnte das alles voraussehen – wenn wir ganz ehrlich sind, auch kein Experte, kein Wahrsager, auch kein Haushalts- und Finanzplaner.

Mit dieser Wucht, mit der wir getroffen worden sind, müssen wir jetzt umgehen – zum Beispiel, indem wir die Chancen sehen, die auch in unerwarteten Krisen bestehen. Eine Chance liegt darin, unter Unsicherheit und Druck besser zu werden, etwa durch noch mehr Konzentration auf das Wesentliche durch noch mehr Fokussierung.

Was folgt daraus für die Haushalts- und Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen? Ganz klar: Vorsorge wird nicht nur beim Zahnarzt, bei der medizinischen Notfallausrüstung oder bei der Klimaanpassung immer wichtiger, die wir übrigens im Haushalt 2022 mit mehr als einer halben Milliarde Euro weiter vorantreiben werden, sondern Vorsorge ist gerade bei den öffentlichen Finanzen von elementarer Bedeutung. Wir können heute nicht wissen, welche Krise morgen möglicherweise kommt. Aber dass schon morgen eine Krise kommen kann, sollte ein wesentlicher Teil des haushaltspolitischen Mindsets in Nordrhein-Westfalen werden. Ich würde mir wünschen, das wäre auch bei den Entscheidungsträgern im Schwesterministerium in Berlin genauso.

Haushalte dürfen deshalb nicht auf Kante genäht werden. Sie brauchen Maß und Mitte. Und – eigentlich naheliegend, aber in der Vergangenheit immer wieder kritisiert oder belächelt – in guten Zeiten muss Vorsorge für schlechte Zeiten getroffen werden. Ich bin heilfroh, dass wir diese Überlegung von Anfang an berücksichtigt haben. So war die Haushaltswende als Grundvoraussetzung für die notwendige Flexibilität in der Krise geradezu erforderlich.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir haben die guten Entwicklungen vor der Pandemie genutzt, um in die Tilgung einzusteigen. Mit einer allgemeinen Rücklage von insgesamt rund 2 Milliarden Euro haben wir für die Zukunft vorgesorgt und das Geld nicht für Symbolpolitik verschwendet. Damit ermöglicht die neue Finanzarchitektur wieder mehr Vertrauen, übrigens auch in den Finanzmärkten. Dass wir damit den richtigen Weg beschritten haben, bestätigen uns mehrfach die drei großen Ratingagenturen, die nun wirklich unabhängig sind.

Zur Vorsorge gehört übrigens auch, sich mehr Gedanken über die konkreten Finanzierungsinstrumente zu machen. Nordrhein-Westfalen nimmt eine Vorreiterrolle als weltweit größter öffentlicher Emittent von Nachhaltigkeitsanleihen ein und ist einer der ganz frühen Akteure in diesem Segment. Auch haben wir durch drei 100-jährige Anleihen dafür gesorgt, dass Belastungen künftiger Haushalte durch Zinsausgaben für die Schulden vor der Haushaltswende nicht erdrückend werden.

Dauerhafte Stabilität wird es nämlich nur dann geben, wenn wir auch auf lange Sicht an dem Leitgedanken der Schuldenbremse festhalten, wenn wir, wie dies aktuell aufgrund der Coronanotlage und katastrophenbedingt der Fall ist, die erheblichen Steuerminderereinnahmen in Höhe von 3,65 Milliarden Euro aus dem Rettungsschirm bedienen, aber schnelle Hilfe leisten, schnell wieder für den Neuaufbau von Strukturen sorgen und so die Voraussetzungen schaffen, dass Nordrhein-Westfalen nachher wieder stark aus der Krise heraus starten kann.

Schon unsere Generation könnte übrigens auf künftige Überraschungen nicht mehr hinreichend reagieren, wenn wir jetzt nicht Vorsorge treffen würden; zukünftige Generationen erst recht nicht mehr. Deswegen wollen und müssen wir in den Nachfolgejahren zur haushaltspolitischen Normalität zurückkehren und sehen deshalb ab dem Jahr 2024 die konjunkturgerechte Tilgung der aufgenommenen Coronaverbindlichkeiten vor. Deswegen müssen wir weiterhin konsolidieren, modernisieren und investieren.

Zum Stichwort „Investieren“ passt in herausragender Weise ein Bereich, um dessen Bedeutung schon die alten Griechen und Römer wussten: die öffentlichen Gebäude. In der griechischen Polis waren Schulen, Theater und hoheitlich genutzte Gebäude eine Art Visitenkarte der gesamten Gesellschaft. Wenn wir heute in unsere öffentlichen Gebäude hineingucken, müssen wir viel zu oft feststellen, dass diese Visitenkarte in keinem guten Zustand mehr ist. Wir müssen unsere öffentlichen Gebäude zwar nicht mehr mit Säulen schmücken, wie die alten Griechen das gemacht haben, aber hineinregnen sollte es eben auch nicht. Polizisten, Feuerwehrleute und Justizmitarbeiter müssen in Nordrhein-Westfalen sorgenfrei in ihre Einsatzstellen und Gebäude gehen können.

Deswegen haben wir mit dem Haushalt 2022 dem Parlament vorgeschlagen, für die kommenden fünf Jahre ein zusätzliches Volumen von viereinhalb Milliarden Euro als Verpflichtungsermächtigungen für diesen Sektor bereitzustellen. Damit wird das bisherige Volumen verdoppelt, und zusätzlich stehen diese Verpflichtungsermächtigungen schon ein Jahr früher als geplant zur Verfügung, flexibel einsetzbar bereits ab dem Haushalt 2022. Das, meine Damen und Herren, ist eines der größten Investitionsprogramme in öffentliche Gebäude, das das Land Nordrhein-Westfalen kennt. Ich beschreibe es mit weni-

gen Worten: mehr ermöglichen für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Überdies bedarf es einer leistungs- und bürgernahen staatlichen Verwaltung. Hier gibt es noch eine Menge zu tun. Seit der Regierungsübernahme packen wir entschlossen an. Nur ein Beispiel: Seit 2018 gibt es eine digitale Plattform, über die Unternehmerinnen und Unternehmer in Nordrhein-Westfalen vom Sofa oder von irgendwo anders aus wichtige Antrags-, Mitteilungs- und Erlaubnisverfahren elektronisch abwickeln können. Das ist ein richtiger Schritt in die Zukunft.

Wir werden weitere richtige Schritte in die Zukunft gehen, beispielsweise mit unserem Ziel, bis zum Jahr 2030 eine insgesamt klimaneutrale Landesverwaltung zu haben. Das dient nicht nur dem Klimaschutz, sondern führt auch zu energieeffizienten, zukunftsweisenden Gebäudemodellen der mobilen Arbeit, zu neuartigen Mobilitätsangeboten und zur Digitalisierung von Abläufen. All das wird vielfältige Impulse für die Modernisierung der Verwaltung geben, und wir werden dadurch unsere Attraktivität als Arbeitgeber weiter steigern.

Stichwort „Klima und Nachhaltigkeit“: Wenn ich manche Debatte dazu beobachte, erinnere ich manchmal an meine Schulzeit in den späten 70er- und 80er-Jahren. Club of Rome, Grenzen des Wachstums, Verzicht, Technik als Teufelszeug – was ist da nicht alles diskutiert worden. Ich meine, dass wir inzwischen sagen können, dass das erwiesenermaßen Blödsinn war, denn nichts hat im notwendigerweise weltweiten Maßstab mehr Potenzial für Klimaschutz und Nachhaltigkeit – und zwar in dem aus der Forstwirtschaft stammenden Wortsinn – als technische Innovationen. Vom Katalysator bis zum Elektroauto könnte man davon ein wunderschönes Lied singen.

Ich möchte, dass Nordrhein-Westfalen Industrieland bleibt und durch Innovationen, Fortschritt und Verbesserungen Klimaschutzland wird. Wir sind auf diesem Gebiet extrem ehrgeizig, und ich will außerdem, dass die Innovationen dafür aus Nordrhein-Westfalen kommen. Deswegen werden wir in die Erforschung dieser Zukunftsprojekte weiter intensiv investieren.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Karl Schultheis [SPD] – Zuruf von Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)

Wir haben am 1. Juli 2021 in diesem Hause das bislang weitreichendste Klimaschutz- und Anpassungsgesetz eines Bundeslandes beschlossen. Ein Beispiel dafür wird übrigens die Wasserstofftechnologie sein: Wasserstoff als zentrales Element für die klimafreundliche Modernisierung unseres Wirtschafts- und

Energiestandortes. Für die Kofinanzierung der vielversprechenden Projekte im Rahmen der europäischen Wasserstoff-IPCEI, regionale Initiativen sowie innovative Projekte von Unternehmen und Forschungseinrichtungen stellen wir deshalb insgesamt rund 15 Millionen Euro zur Verfügung. Es geht um technische Innovationen, und deswegen erhöhen wir die Fördermittel mit dem Haushalt 2022 um weitere fast 100 Millionen Euro. Damit stehen rund 130 Millionen Euro für wichtige Schlüsseltechnologien bereit, zum Beispiel für die Energieforschung, die Nano- und Mikrotechnologie, die Gesundheits- und Medizinforschung sowie insbesondere die Künstliche Intelligenz.

Das ist der richtige Weg für Nordrhein-Westfalen: Projekte anstoßen, möglichst klare, verbindliche und unbürokratische Rahmen setzen und dann auf diejenigen Menschen setzen, die zupacken, und diesen Menschen auch etwas zutrauen. Wir müssen wieder ermöglichen, dass dieser Fortschritt hier bei uns in Nordrhein-Westfalen passiert.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Dieser Weg zum Aufsteigerland klappt nicht ohne moderne Verkehrsinfrastruktur. Wo rund 18 Millionen Menschen recht dicht beieinander leben und täglich zur Arbeit oder zur Betreuung und Pflege von Angehörigen pendeln, da bedarf es im wahrsten Sinne neuer Wege, und zwar bedarfsgerecht in der Stadt und auf dem Land. Deshalb verdoppeln wir zum Beispiel die Mittel für die Förderung und Ausweitung des Rad- und Fußverkehrs von 54 Millionen Euro im Jahr 2021 auf 102 Millionen Euro im Jahr 2022 nahezu.

Es wird aber natürlich um mehr gehen als um Rad- und Fußverkehr.

Wenn zum Beispiel eine ganze Region wie das Rheinische Revier aufgrund von politischen Entscheidungen neue Perspektiven sucht und diese mit einem umfassenden Innovationsprogramm findet, dann muss sich das Allgemeinwesen auch darum kümmern, dass dabei – ganz wörtlich – niemand den Anschluss verliert.

Nicht nur, aber auch dafür steht das neue Schieneninfrastrukturprojekt „Westspange Köln“. Der Bund hat zugesichert, 75 % der zuwendungsfähigen Baukosten über das GVFG zur Verfügung zu stellen. Wir in Nordrhein-Westfalen werden bis zur Fertigstellung eine Kofinanzierung von bis zu 900 Millionen Euro leisten. Das ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Investitionsmittel, die für das Rheinische Revier vorgesehen sind, auch als Investitionsmittel im Rheinischen Revier landen. Es ist weiter Voraussetzung für den bedarfsgerechten Ausbau des S-Bahnnetzes und des Bahnnetzes in Nordrhein-Westfalen, den wir durchführen müssen. Das ist die richtige Politik für unser Land.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Insgesamt haben wir über die gesamte Legislaturperiode 187,9 Millionen Euro mehr dafür bereitgestellt, die Verkehrswege endlich zu modernisieren und in dem Bereich mehr zu ermöglichen.

In wahrscheinlich keinem anderen Politikfeld hat Nordrhein-Westfalen innerhalb einer Legislaturperiode einen so großen Sprung nach vorne gemacht wie bei der inneren Sicherheit.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Die Ereignisse rund um die furchtbare Kölner Silvesternacht des Jahreswechsels von 2015 auf 2016 waren neben zahlreichen anderen Versäumnissen ein klarer Grund dafür, dass diese Regierung ein Mandat von den Menschen erhalten hat. Unser Land musste wieder sicherer werden, Recht und Ordnung mussten wieder Bestand haben – egal wo und egal für wen.

Dass sich da etwas zum Besseren gewendet hat, verdeutlicht auch die Statistik. Die Zahl der registrierten Straftaten in Nordrhein-Westfalen lag 2020 auf dem niedrigsten Wert seit 30 Jahren. Das ist die Folge einer auf dieses Politikfeld konzentrierten erfolgreichen Politik unseres Innenministers Herbert Reul.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Natürlich haben wir noch ganz andere Herausforderungen, die in der letzten Zeit durch die eingangs erwähnten Krisensituationen Corona und Flut entstanden sind.

In diesem Zusammenhang richte ich übrigens einen herzlichen Dank an alle Ordnungskräfte, alle hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfer, alle Polizistinnen und Polizisten und alle Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen. Wenn es in diesen Krisensituationen auf die Beamtinnen und Beamten in unserem Land ankam – egal, ob es schnelle Auszahlungen bei den Bezirksregierungen waren, Hilfen oder Stundungserlasse bei den Finanzämtern oder etwas anderes –, haben diese Beamtinnen und Beamten einen guten Job gemacht. Dafür möchte ich heute einfach einmal danken.

(Beifall von der CDU, der FDP und Herbert Strotebeck [AfD])

Es ist der Haushaltsgesetzgeber, der die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen hat. Allein 1,2 Milliarden Euro mehr sind für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt worden. Das sind 27 % mehr als 2017. Mit diesem Etat schreiten wir da weiter voran.

Der dritte Schwerpunkt neben wirtschaftlicher Dynamik und innerer Sicherheit sind Bildung und Familien in Nordrhein-Westfalen. Beste Bildung und starke Familien sind nicht nur für die Zukunft unseres Landes entscheidend. Vielmehr gehört beides zusam-

men, weil es in der Lebenswirklichkeit zusammen organisiert werden muss. Weil stabile Familienstrukturen die besten Voraussetzungen für spätere Bildungs- und Lebenschancen bieten und weil umgekehrt Fehlentwicklungen zuhause in der Familie diese leider gefährden können, müssen wir als Gemeinwesen da Hilfe leisten.

Mit diesem neuen Etatentwurf stärken wir deshalb auch den Kinderschutz weiter mit 25 Millionen Euro. Für den flächendeckenden Ausbau der spezialisierten Beratung zur Prävention sexualisierter Gewalt sind weitere Mittel von jährlich über 5 Millionen Euro eingeplant. 55 Millionen Euro stehen alleine für eine Personal- und Qualifizierungsoffensive bereit, mit der die Arbeitgeber der Kindertageseinrichtungen bei der Personalgewinnung unterstützt werden sollen.

Sie merken: Wir tun wirklich etwas für die Familien – genauso wie für den Bereich „Schule und Bildung“. Für diesen Bereich sieht der Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 Mehrausgaben in Höhe von rund 446 Millionen Euro vor. Damit werden insgesamt fast 4.000 zusätzliche Stellen eingerichtet, unter anderem für den Masterplan Grundschule, die Neuausrichtung der Inklusion und die Agenda zur Stärkung der beruflichen Bildung.

Im Bereich der Digitalisierung werden zusätzlich rund 13 Millionen Euro veranschlagt, und zwar zur Unterstützung der Schulen. Zum Beispiel für die Arbeit mit LOGINEO NRW erhalten die Digitalisierungsbeauftragten an den Schulen und die Medienberaterinnen und Medienberater zusätzliche Entlastungsstunden im Umfang von 165 Lehrerstellen.

Wir stellen die Schulsozialarbeit langfristig sicher und erhöhen die jährlichen Landesmittel um 10 Millionen Euro auf dann 57,7 Millionen Euro.

Zudem übernehmen wir das Schulgeld für die so wichtigen Gesundheitsfachberufe. Bereits ab 2021 werden wir als Land Nordrhein-Westfalen dies zu 100 % übernehmen.

(Beifall von der CDU und Ralf Witzel [FDP])

Für den Ausbau des Offenen Ganztags im Primarbereich stellen wir zusätzlich rund 40 Millionen Euro bereit und erhöhen im Vergleich zum Vorjahr die Platzzahl um fast 8.000 zusätzliche Plätze auf dann über 360.000 Plätze. Über fünf Jahre sind so 54.900 neue zusätzliche Ganztagsplätze in Nordrhein-Westfalens Schulen entstanden.

Wir haben die Mittel für schulische Bildung in Nordrhein-Westfalen in fünf Jahren insgesamt um 3 Milliarden Euro erhöht. Das sind 17,6 % mehr als am Ende der letzten Legislaturperiode. Deswegen können wir meines Erachtens mit Fug und Recht sagen, dass wir auch mit dem Haushalt 2022 das starke Signal für starke Familien und starke Bildung an Rhein, Ruhr und Lippe weiter fortsetzen. Das ist im Interesse unserer Familien auch richtig so.

(Beifall von der CDU, Ulrich Reuter [FDP] und Ralf Witzel [FDP])

Ich könnte jetzt noch die Bereiche, in denen wir mit dem Haushaltsplanentwurf und der gesamten Finanzplanung mehr ermöglichen, lange weiter beschreiben, will zum Schluss aber noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen.

Wir sehen aktuell die vielen Wahlplakate und erleben einen recht scharf geführten Bundestagswahlkampf. Wenn ich an den letzten Tagesordnungspunkt denke, dann habe ich das Gefühl, dass dieser zu anderen Kalenderzeiten im Landtag Nordrhein-Westfalen anders abgehandelt worden wäre.

(Christof Rasche [FDP]: Ach!)

Vergessen wir im Sinne der Polis vielleicht eines nicht: Wenn Politik Emotionen weckt, ist das per se etwas Positives. Das bedeutet, dass wir uns über unsere res publica, um die öffentlichen Angelegenheiten unserer Gesellschaft, Gedanken machen. Das muss auch sein. Aber es darf nicht verletzend werden, sondern wir müssen dabei wie bei der Flut und wie bei Corona zusammen am gleichen Ziel arbeiten. Das findet im Moment nicht immer in der gebotenen Weise statt. Damit meine ich die gesamte politische Auseinandersetzung und nicht dieses Parlament.

(Zuruf von Ernst-Wilhelm Rahe [SPD])

Wo ist es aber am spannendsten, über Politik zu diskutieren? Wahrscheinlich hier in Nordrhein-Westfalen. Denn wir sind wieder Taktgeber für Deutschland geworden. Zwischen Rhein und Weser bewegt sich endlich wieder etwas. Hier spielt die Musik. Der Dornröschenschlaf der bleiernen Jahre unter der kraftlosen Landesregierung bis 2017 ist vorbei.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Was meinen Sie?)

Nordrhein-Westfalen ist zurück. Wir gehen unseren Weg zum Aufsteigerland entschieden weiter.

(Beifall von der CDU)

Die zupackenden Menschen haben es verdient. Der Spirit, der in ruhigen Zeiten hier auch von vielen Millionen Ehrenamtlern getragen wird, deren Engagement wir übrigens steuerlich jetzt wesentlich besser als vorher fördern, hat das eigentlich verdient. Deswegen ist es gut und richtig, dass die neue Finanzarchitektur den Weg des Aufstiegs flankiert – mit Vorsorge für Unerwartetes und gleichzeitig genügend Mitteln, um mehr zuzutrauen und mehr zu ermöglichen.

Mehr zuzutrauen heißt, auf die Schaffenskraft jeder und jedes Einzelnen zu setzen, individuelle Freiheiten zu lassen, Subsidiarität zu erhalten, Lösungen möglichst vor Ort zu finden, immer abzuwägen und zu differenzieren, auch wenn das gerade nicht en vogue ist.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Ist das aus dem CDU-Mitgliederbrief, Lutz?)

Eine soziale Marktwirtschaft braucht Menschen, die eigenverantwortlich handeln können, keine ergebene Befehlsempfänger, sondern Menschen, die etwas unternehmen. Freiheit ist deshalb eine Grundvoraussetzung für dringend benötigtes Wachstum. Und sie beginnt nicht bei den konkreten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Gesetzen, sondern im Kopf.

Mehr zu ermöglichen bedeutet: Unser Gemeinwesen, unsere Polis, wir alle müssen dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Das klappt nicht zum Nulltarif, aber es ist sinnvoll investiertes Geld. Deshalb bleibt „zutrauen und ermöglichen“ die Richtschnur unserer Haushalts- und Finanzpolitik.

Wir wollen und wir werden aus diesen nicht hausgemachten Krisen herauswachsen. Lassen Sie uns gemeinsam und entschlossen den Weg zum Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen weitergehen. Der Haushaltsplan für 2022 und die mittelfristige Finanzplanung sind dafür der richtige Weg, und ich werbe herzlich um Ihre Zustimmung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache und erteile nun für die Fraktion der SPD dem Fraktionsvorsitzenden Thomas Kutschaty das Wort. Bitte sehr, Herr Kutschaty.

Thomas Kutschaty^{*)} (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kolleginnen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Manchmal frage ich mich, ob die Welt von einigen Klugen regiert wird, die uns für dumm verkaufen wollen, oder von einigen Dummen, die ernsthaft reden.

Es war übrigens Mark Twain, der diese Frage stellte, nicht ich, und es ist auch über 100 Jahre her. Aber nachdem ich mir Ihren Haushalt durchlesen und Ihre haushaltspolitische Bilanz anhören durfte, ging es mir heute doch sehr stark durch den Kopf.

Ich fange direkt mit einem Punkt an, den Sie im Bereich „Kriminalitätsratenentwicklung“ genannt haben. Sie loben, dass im letzten Jahr die Kriminalitätszahlen gesunken sind. Ich darf Ihnen sagen: Das ist kein Wunder und schon gar kein Verdienst dieser Landesregierung. Im letzten Jahr war Corona. Die Menschen waren alle zu Hause. Da gab es keine Wohnungseinbrüche. Das geht nicht.

(Beifall von der SPD)

Das nächste Massendelikt sind Ladendiebstähle. Wo sollte ich denn im letzten Jahr einen Ladendiebstahl

begangen haben, als die Geschäfte zu waren? Sie profitieren gerade von diesen Entwicklungen und stellen das als Ergebnis Ihrer Politik hin.

(Beifall von der SPD – Wolfgang Jörg [SPD]:
Aber was anderes haben sie nicht!)

Doch schon wieder kommt der nächste Bluff: Sie tun hier so, als ob der Haushalt ausgeglichen wäre. Im Arbeitsbericht findet man auf Seite 18 sogar einen Überschuss von 6 Millionen Euro. Guckt man genau nach, sieht man: Ihr Haushalt hat ein kreditfinanziertes Milliardendefizit. Diese Wahrheit findet man nur im Kleingedruckten. Sie wollen das hier nur schönreden. Dies ist kein dummer Fehler, es ist ein raffinierter Bluff von Ihnen. Aber der fliegt auf.

(Beifall von der SPD)

Ich musste ja fast schon lachen, als ich gerade gehört habe, Sie hätten in guten Zeiten Vorsorge für schlechte Zeiten getroffen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und
Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich weiß nicht, ob Sie die Stellungnahme der Präsidentin des Landesrechnungshofes heute gelesen haben. Die hat Ihnen gerade genau das Gegenteil attestiert.

(Beifall von der SPD und Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE])

Bei den Kommunalfinzen der gleiche Bluff: Sie tun mit Ihrem Haushalt so – und wenn Sie sich überall hinstellen –, als würden Sie die Coronadefizite in den kommunalen Haushalten ausgleichen. Das stimmt aber nicht. Sie vergeben nur Darlehen und treiben die Städte und Kommunen dadurch in eine weitere Verschuldung.

(Beifall von der SPD)

Es geht um nicht weniger als 7,8 Milliarden zusätzliche kommunale Schulden in den nächsten Jahren. Mit anderen Worten: Sie wollen sich für Rettungspakete feiern lassen, die es gar nicht gibt. Die Kommunen müssen darunter leiden.

(Beifall von der SPD)

Man fragt sich natürlich schon: Glauben Sie eigentlich wirklich, was Sie verkünden? Wissen Sie es nicht besser, oder lachen Sie sich ins Fäustchen, wenn die Presse morgen dann doch schreibt, was Sie heute erzählt haben?

Ich bin mir sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen: Nordrhein-Westfalen wird nicht von Dummen regiert. Nordrhein-Westfalen wird von schlaunen Menschen regiert, die aber leider die Dummheit begehen, andere Menschen für dumm zu verkaufen. Und das ist Ihr großer Fehler.

(Beifall von der SPD)

Diese Regierung Laschet ist nicht mehr stark genug, um sich der Realität zu stellen. Der Ministerpräsident ist im Augenblick nicht einmal stark genug, um sich dem Parlament zu stellen.

(Beifall von der SPD)

Dazu fehlt dieser Regierung die Kraft.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Dazu fehlt dieser Regierung der Mut. Denn diese Realität hat es in sich. Schauen wir uns doch mal um. Wie sieht Nordrhein-Westfalen nach viereinhalb Jahren Schwarz-Gelb aus?

(Sarah Philipp [SPD]: Wie immer!)

Der Lehrermangel in Nordrhein-Westfalen wird nicht kleiner, sondern immer größer. Deshalb wird es nach der Coronapandemie nicht weniger, sondern mehr Unterrichtsausfall geben. Das ist schon jetzt klar. Die Unterrichtsgarantien dieser Landesregierung sind so viel wert wie die DDR-Mark nach der Wende.

(Beifall von der SPD)

Das gilt auch für andere ganz entscheidende und wichtige Politikfelder. Die Lage am Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen wird nicht besser, sie wird schlimmer. Der Ausbau der Windkraft hat sich nicht beschleunigt, sondern er ist in den letzten Jahren regelrecht zusammengebrochen. Beim Kitaplatzangebot haben wir nicht aufgeholt, sondern wir sind zurückgefallen auf den vorletzten Platz aller Länder. Das ist die Bilanz nach viereinhalb Jahren Schwarz-Gelb.

(Beifall von der SPD)

Was sinken sollte, steigt an. Was wachsen muss, schrumpft. Dem Vergleich mit anderen Bundesländern hält diese Regierung doch nur Stand, wenn sie ihn nicht zieht.

Aber was noch viel schlimmer ist: Mit dieser Regierungspolitik wird unser Land die großen Herausforderungen unserer Zukunft leider nicht meistern. Dafür hätten Sie jetzt, mit diesem Haushalt, Vorsorge treffen müssen. Wir müssen jetzt massiv investieren. Wir sprechen immer von Transformation. Die kommt nicht irgendwann in der Wirtschaft und im Arbeitsleben, sondern wir sind mittendrin – ob im digitalen Bereich oder in der klimafreundlichen Produktion. Was wir jetzt machen müssen, ist, diese Umstellungsprozesse massiv zu unterstützen, und zwar mit besserer Bildung, neuer Technologie und sicheren Jobs.

Aber wenn diese Koalition im Amt bleibt, wird die Investitionsquote nicht steigen, sondern sie wird sinken. Liebe Menschen da draußen, schaut in die mittelfristige Finanzplanung. Ab 2023 wäre es sogar eine um 10 % gesunkene Investitionsquote – und das in einer Zeit der Nullzinspolitik, in der Investitionen bitter nötig wären. Eine Industriepolitik, die ihren Namen verdient, würde es dann auch nicht geben.

Das ist schlecht, weil Sie die Zukunft unseres Landes verschlafen.

(Beifall von der SPD)

Eine vernünftige Industriepolitik gibt es übrigens schon heute nicht in Nordrhein-Westfalen. Die neue Tesla-Fabrik für Elektroautos wird in Brandenburg gebaut und nicht in Nordrhein-Westfalen. Das erste komplett CO₂-frei produzierende Stahlwerk entsteht zwar mit Investitionen aus Deutschland, aber leider nicht in Duisburg, sondern in Nordschweden. Investitionen in Milliardenhöhe gehen einfach an uns vorbei. Tausende neue, wichtige und zukunftssträchtige Arbeitsplätze entstehen leider nicht bei uns.

Warum geschieht dies nicht? – Weil Nordrhein-Westfalen nicht die Mengen an erneuerbarer Energie bieten kann, die ein Konzern wie Tesla will und braucht, weil dieses Land nicht bereit ist, noch immer risikoreiche Zukunftsinvestitionen mit Beteiligungen und Garantien abzusichern, und weil das Land nicht in die Infrastruktur investiert, die wir in Zukunft dringend brauchen.

In Südwestfalen – mittlerweile industrielles Herzland in Nordrhein-Westfalen – wollen viele mittelständische Unternehmen in Wasserstofftechnologie investieren. Ich war dort vor Ort und habe in den letzten Wochen mit vielen Unternehmen gesprochen. Sie sind willens und bereit, zu investieren und diesen Transformationsprozess mitzumachen. Denn sie wissen, sie können in zehn oder 20 Jahren in Deutschland nur noch produzieren, wenn sie klimaneutral produzieren. Sie werden dies aber nicht tun können, solange es kein Leitungssystem gibt, das eine sichere Versorgung mit Wasserstoff garantiert.

Es geht hier um Zukunftstechnologie. Es geht um gute Arbeit von morgen. Es geht um die Herausforderungen, die eigentlich jede tatendurstige Regierung annehmen und denen sie sich mit Begeisterung stellen würde. Aber die Reaktion dieser Regierung ist kein Tatendrang, sondern Desinteresse und Selbstzufriedenheit. Das haben wir in dieser Haushaltsrede eben wieder gehört.

(Beifall von der SPD)

Das ist auch die Haltung, mit der Sie im Augenblick jedem großen Problem in diesem Land begegnen. Wir haben es vorhin hören müssen. Für die Regierung gibt es nur Erfolgsmeldungen. Ganz gleich, ob bei Kommunal финанzen, bei der Bildung oder beim Wohnen, ob beim Klimaschutz, bei guter Arbeit oder bei der modernen Industrie: Eine gute Nachricht jagt die nächste. Wären Sie des Chinesischen mächtig, hätte man meinen können, in der Großen Halle des Volkes wäre soeben die Erfüllung des letzten Fünfjahresplans bekanntgegeben worden.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen aber deutlich: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen es besser. Jede Mieterin und

jeder Mieter weiß es besser. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer weiß es besser. Jede Mutter und jeder Vater weiß es besser. Sie alle wissen, was wahr und was nur geschönt ist.

Jede Kommunalpolitikerin und jeder Kommunalpolitiker weiß zum Beispiel, wie schlecht es um die Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen bestellt ist und welche Folgen dies für die Bildung und für die Lebensqualität der Menschen in den Städten und Gemeinden haben wird. Stellen im Offenen Ganztag werden nicht ausgebaut. Eher müssen wir aufpassen, dass nicht etwas gestrichen wird.

Es gibt Schulen in Nordrhein-Westfalen, die mittlerweile ein Toilettengeld erheben. Sie haben richtig gehört: Es gibt eine Toilettengebühr pro Kind und Halbjahr, weil Stadt und Land außerstande sind, für saubere Toiletten zu sorgen. Das ist die Bilanz nach fünf Jahren schwarz-gelber Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen: eine Toilettengebühr.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Jedes Schulkind weiß zudem, dass aus den vielen neuen Lehrerstellen, die Sie immer anpreisen, auf absehbare Zeit keine neuen Lehrerinnen und Lehrer werden. Ihre neuen Lehrerstellen sind Pappkameraden. Sie werden keine einzige Stunde Deutsch, Mathematik oder Englisch geben. Denn Haushaltsstellen geben keinen Unterricht. Man muss die Stellen mit echten Menschen besetzen, doch genau das gelingt Ihnen nicht. Deswegen ist der Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen nach wie vor so hoch.

Der Lehrermangel kostet uns in Nordrhein-Westfalen jeden Tag 18.000 Stunden Unterricht. Das sind 18.000 Stunden individuelle Förderung und individuelle Betreuung für Kinder und Jugendliche. Jeden Tag sind es 18.000 Stunden, und Sie haben nicht mehr den Mut, daran etwas positiv zu ändern.

(Gordan Dudas [SPD]: Wie kann das sein?)

Ihr so oft wiederholtes Versprechen von Aufstieg und Bildung ist doch in Wahrheit nur eine Phrase. Ein Auftakt für eine neue Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen ist es nie gewesen.

(Beifall von der SPD)

Noch immer gibt Nordrhein-Westfalen viel zu wenig Geld für die Förderung und Bildung eines jeden Kindes aus. Sie hatten versprochen, dies zu ändern. Das haben Sie nicht getan. Was bei Ihnen Versprechen und was nur Versprecher ist, kann heute niemand mehr unterscheiden.

Kurz nach der letzten Landtagswahl verkündete der Ministerpräsident am 3. Juni vollmundig: Rot-Grün hat die Ministerialbürokratie sehr stark aufgebläht; wir werden das nicht machen.

(Heiterkeit von der SPD)

Die Wahrheit ist – so viel zu dem Versprechen –: 2017 umfasste die Ministerialbürokratie 5.513 Stellen. Mit dem neuen Haushalt der Regierung Laschet sollen es ab 2022 6.600 Stellen sein, also insgesamt 1.087 neue Stellen.

(Gordan Dudas [SPD]: Entfesselung!)

Allein in diesem Haushalt beträgt der Aufwuchs weitere 105 Stellen.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Interessant ist übrigens die Verteilung dieser neuen 105 Stellen. Während sich Kronprinz Hendrik über 40 neue Stellen freuen darf, muss Arbeits- und Sozialminister Laumann bluten und verliert 43 Stellen.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Quatsch!)

– Ja, gucken Sie mal nach.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Quatsch!)

– Sie wissen gar nicht, was in Ihrem Haus los ist. Gucken Sie doch mal im Haushaltsplan nach. Gucken Sie doch mal nach!

(Beifall von der SPD)

Herr Laumann, Sie haben sich in der Kabinettsitzung über den Tisch ziehen lassen und merken bis heute nicht, was passiert ist:

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Absoluter Quatsch!)

43 Stellen weniger im Gesundheitsministerium, und das in Pandemiezeiten! Das zeigt, welchen Stellenwert Gesundheits-, Arbeits- und Sozialpolitik

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sie haben keine Ahnung!)

in diesem Land tatsächlich haben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Kosten werden uns die 1.087 neuen Stellen übrigens 100 Millionen Euro – nicht einmalig, sondern jährlich, meine Damen und Herren.

Dieser Stellenzuwachs entspricht ungefähr der Größenordnung von drei Ministerien der rot-grünen Landesregierung, bei der schwarz-gelben Landesregierung nur noch zwei Ministerien im Durchschnitt.

(Heiterkeit von der SPD)

Aber das ist der Zuwachs, den Sie haben. Sie haben sich zwei bis drei neue Ministerien nebenbei gebaut und immer versprochen, zu entschlacken und zu entbürokratisieren. Nichts davon haben Sie getan, sondern genau das Gegenteil haben Sie getan.

(Beifall von der SPD)

So viel zum Vertrauen, das man in die Versprechen von Armin Laschet haben darf.

Das gilt aber leider auch für die Arbeitsmarktpolitik. Die Pandemie hat uns einiges gelehrt. Wir wissen heute, auf wen wir uns in der Krise verlassen können. Wir kennen jetzt die echten Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in diesem Lande. Ich glaube, wir wissen auch, dass es vornehmlich Leistungsträgerinnen gewesen sind, die unseren Alltag aufrechterhalten haben, als der Notstand über uns hereinbrach.

Wir wissen aber auch, dass viele von ihnen heute zu schlecht bezahlt werden. Niemand, der 40 Stunden in der Woche arbeitet, sollte sich mit einem Lohn unterhalb der Armutsgrenze zufriedengeben müssen – niemand. Das sage nicht nur ich, das sind auch die Worte des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Worte von Joe Biden, der in seinem Land einen Mindestlohn von 15 Dollar pro Stunde einführen will. Übrigens: Das würde ungefähr der Forderung entsprechen, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie für einen Mindestlohn in Höhe von 12 Euro in Deutschland haben.

Jetzt frage ich: Wenn der Präsident der USA, des Stammlandes des modernen Kapitalismus, einen armutssicheren Mindestlohn fordert, warum fordert das nicht auch der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen?

(Beifall von der SPD)

Wir sind das Stammland der christlichen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, aber 20 % der Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnbereich. Warum fordert unser Ministerpräsident nicht auch einen armutssicheren Mindestlohn? Warum nicht? Der Arbeitsminister ist dafür. Wie kann ein Ministerpräsident dagegen sein? Vom Applaus, meine Damen und Herren, kann sich keine Coronaheldin ihre Miete leisten. Da müssen wir etwas machen.

(Beifall von der SPD)

Deswegen ist dieser Ministerpräsident für die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch kein Hoffnungsträger mehr – übrigens für Mieterinnen und Mieter in diesem Lande erst recht nicht. Die Regierung feiert sich für ein paar Tausend neue Wohnungen, die letztes Jahr gebaut wurden. Dabei wird dieser Neubau an der Wohnungsnot nicht das Geringste ändern, gar nichts. Normalverdiener können sich die gebauten Wohnungen nämlich kaum leisten. Es sind zu teure Wohnungen, es sind zu wenige Wohnungen, und sie entstehen an den falschen Orten. Jede Mieterin und jeder Mieter in unserem Land weiß das.

Jede Familie in Köln, Neuss oder Düsseldorf weiß auch, dass sie ihre Heimat verlassen muss, sollte ihr die Wohnung mal gekündigt werden. Es gibt dort auf

dem Markt keine einzige bezahlbare Wohnung mehr für Familien.

Seit 2010 sind die Mieten bei Neuvermietungen um 23 % gestiegen, die Reallöhne im Vergleichszeitraum aber nur um 11 %. Mit anderen Worten: Das, was sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahren an Lohnsteigerungen erkämpft haben, müssen sie für die Mieten wieder komplett abgeben. Die Wohnungsnot frisst Einkommen und Kaufkraft, sie kostet Wohlstand und verschärft die soziale Ungleichheit. Die Wohnungsbaupolitik dieser Regierung ist deshalb ein einziges Versagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dabei sind stetig steigende Mieten kein Schicksal. Die Politik, gerade auch die Landesregierung, kann etwas dagegen tun. Wir könnten, wenn wir wollten, den Trend umdrehen. Wir wollen das Wohnen in unseren Städten wieder bezahlbar machen. Andere Länder haben das bewiesen. Sie hatten den Mut und den Willen dazu.

Doch der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen interessiert sich ganz offensichtlich nicht für bezahlbare Mieten. Er hat übrigens im Landtag kein einziges Mal selbst zum Thema „Mieten und Wohnungsbaupolitik“ gesprochen.

Wohnungsbaupolitik spielt auch in der Bundestagswahlkampagne der Union überhaupt keine Rolle. Die Frage von bezahlbaren Wohnungen ist kein Thema für Sie. Die Sorgen von 10 Millionen Mieterinnen und Mietern in Nordrhein-Westfalen werden von dieser Regierung zu Privatproblemen abgewertet. Sie nehmen sie nicht ernst, und das ist schlecht für 10 Millionen Mieterinnen und Mieter in diesem Lande.

(Beifall von der SPD)

Genau die Haltung ist für die Regierung Laschet mittlerweile charakteristisch. Sie haben aufgehört, Probleme lösen zu wollen, stattdessen haben Sie damit angefangen, Probleme schönzureden. Realitätsleugnung ist allerdings das letzte Stadium im Lebenszyklus einer Regierung. Sie haben dieses Stadium zwischenzeitlich erreicht, meine Damen und Herren.

Ja, Sie hatten mal eine Agenda, aber die ist abgearbeitet. Einiges hat funktioniert, vieles nicht. Jetzt hat sich ganz offensichtlich satte Selbstzufriedenheit auf den Regierungsbänken breitgemacht. Von dieser Regierung hat niemand mehr etwas zu erwarten, nicht der Facharbeiter bei thyssenkrupp, nicht die Verkäuferin bei ALDI, nicht die Mieterin und der Mieter in unseren Städten und schon gar nicht Eltern und Lehrerinnen und Lehrer unserer Kinder.

Es gibt Gründe, warum Armin Laschet in der Bevölkerung so gut wie keine Unterstützung mehr hat, und das sind nicht schlechtsitzende Masken oder unangemessene Blödeleien in Katastrophengebieten. Was ihm und seiner Politik fehlt, das ist Glaubwürdigkeit. Es fehlt Verlässlichkeit, und es fehlt Zukunfts-

kompetenz. Das ist die Wahrheit zu dieser Regierung.

(Beifall von der SPD)

Am 14. Juli dieses Jahres, an dem Tag, an dem rund 230 Menschen in einer Flutkatastrophe sterben, die auch eine Folge des Klimawandels war, sagt der Kanzlerkandidat der Union: Weil heute so ein Tag ist, ändere ich doch nicht meine Politik. – Da wundert es Sie, dass selbst 70 % der Unionsanhänger lieber heute als morgen den Kanzlerkandidaten ihrer Partei austauschen möchten? Mich wundert bei Ihrer Partei gar nichts mehr.

(Beifall von der SPD)

Eines ist doch für alle offenkundig: Diese Landesregierung – an der Spitze der Ministerpräsident – hat kein Verständnis mehr für die Probleme der Menschen unserer Zeit. Sie sind ihm fremd, und deshalb hat er auch keinen Plan für die Zukunft, nicht für Nordrhein-Westfalen und erst recht nicht für Deutschland. Die Menschen wissen das, und deshalb vertrauen sie ihm nicht. Wie auch?

Die Flutkatastrophe vom 14. Juli war für den Ministerpräsidenten kein Grund, seine Politik zu ändern, der Absturz auf 20 bis 22 % in den Umfragen allerdings dann schon. Vier Wochen vor der Wahl präsentierte er plötzlich unausgegorene Klimaschutzpläne, die aber von Friedrich Merz, seinem designierten Superminister, gleich wieder abgeräumt wurden. Wer soll das denn ernst nehmen? Dieser Opportunismus schafft kein Vertrauen bei den Menschen in unserem Land. Das Verhältnis zu Inhalten ist rein taktisch. Die Führungsrolle in der Union ist prekär.

Beispiel Steuerpolitik: Laut Wahlprogramm will die Union Steuersenkungen in Höhe von 30 Milliarden Euro, vornehmlich für Best- und Besserverdiener. Aber der Ministerpräsident und Kanzlerkandidat leugnet das in einem Fernsehinterview einfach. Steuersenkungen stünden nicht im Programm, die würde es auch gar nicht geben. Dabei weiß jeder Mensch, der lesen kann, dass das nicht stimmt. Der Kanzlerkandidat sagt die Unwahrheit, und das vor einem Millionenpublikum. Das muss man sich mal reinton.

Dann kommt Markus Söder und stellt alles wieder richtig. Steuersenkungen stünden im Programm, und sie würden auch umgesetzt – Punkt. Die Kanzlerkandidatenfrage in der Union ist entschieden, die Führungsfrage aber offensichtlich bis heute nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Nächstes Beispiel mit Auswirkungen für Millionen Mieterinnen und Mieter in unserem Land: Armin Laschet stellte im Sommerinterview der ARD eine Kostenteilung zwischen Mieterinnen und Mietern und Vermieterinnen und Vermietern in Aussicht.

Dann kommt Ralph Brinkhaus, Fraktionsvorsitzender – manchmal zweifele ich, aber ich glaube, er kommt doch aus Nordrhein-Westfalen –, und räumt dieses Versprechen einfach wieder ab. Wir werden die Vermieter gar nicht mit reinnehmen, sagt der Fraktionschef von CDU und CSU.

Lieber Herr Kollege Löttgen, wer führt eigentlich Ihre Partei? Der Vorsitzende und Kanzlerkandidat ist es offensichtlich nicht, sonst würde ein solches Chaos nicht passieren.

(Beifall von der SPD)

Fest steht: Die Sozialdemokratie wird 90 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten. Wir haben einen Plan, der ist durchgerechnet. Selbstverständlich werden wir Mieterinnen und Mieter vor höheren CO₂-Preisen schützen, darauf ist Verlass.

Auf das Wort des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen ist leider kein Verlass. Er hat keine Kontrolle über die Kampagne und ist nicht mehr Herr im eigenen Haus.

Die Deutschen wollen einen Kanzler, der in internationalen Krisen bestehen kann, der einen Plan für die Zukunft hat und der seine Prioritäten nicht von Stimmungen abhängig macht. Die Deutschen wollen einen Kanzler, der in Europa und der Welt deutsche Interessen vertreten kann. Die Deutschen wollen einen Kanzler, der sich gegen Putin behaupten kann. Bei allem Respekt gegenüber einem Ministerpräsidenten: Dieser Kanzler ist Armin Laschet nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Dies ist der letzte Haushalt, den die schwarz-gelbe Landesregierung einbringen wird. Es ist das letzte Kapitel einer Geschichte, die zu Ende geht. Antworten auf die großen Herausforderungen der Zukunft hat diese Koalition nicht mehr. Was umgesetzt werden konnte, hat sie umgesetzt, aber Neues wird nicht mehr kommen. Ihre Ideen sind verbraucht, Ihre Zeit ist abgelaufen.

(Beifall von der SPD – Stefan Kämmerling [SPD]: So ist das!)

Es ist auch Zeit für eine neue Regierung in Nordrhein-Westfalen. Es ist Zeit für einen Aufbruch nach der Coronapandemie für Klimaschutz, der Arbeit schafft, für Löhne, von denen Menschen leben können, für Wohnungen, die sich Familien von Normalverdienern leisten können, und selbstverständlich

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

für eine Bildung, die jedem Kind ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dafür haben wir Konzepte. Wir werden unsere detaillierten Anträge dazu in den nächsten Monaten in den Haushaltsberatungen einbringen.

Ein besseres Land, ein besseres Nordrhein-Westfalen, ein sozial gerechteres Nordrhein-Westfalen ist möglich. Man muss es nur wollen. – Herzlichen Dank. Glück auf, Nordrhein-Westfalen!

(Langanhaltender und lebhafter Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kutschaty. – Nun hat die Landesregierung das Wort gewünscht. Dies steht ihr frei. Die Redezeit wird natürlich auf die Redezeit der Landesregierung angerechnet. Das Wort hat nun Herr Minister Laumann, der darum gebeten hat. Bitte schön, Herr Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Kutschaty, wenn Sie über die 43 Stellen im MAGS reden, dann bitte ich Sie, Folgendes zur Kenntnis zu nehmen: Das hängt damit zusammen, dass wir die Versorgungsverwaltung in diesem Land vor vielen Jahren kommunalisiert haben

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie!)

und alle Beamten damals über Beileihungsverträge zu den Kommunen gegangen sind. Jeder, der in den wohlverdienten Ruhestand geht, wird aus der Personalliste des Landes Nordrhein-Westfalen herausgenommen, niemand Neues wird eingestellt, weil die Kommunen für diese Aufgabe Geld erhalten. So erklären sich die 43 Stellen.

(Nadja Lüders [SPD]: Weil sie ja nichts brauchen! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Gut, dass Sie die Versorgungsverwaltung zerschlagen haben!)

Das nur noch einmal zu dem Thema, wie Sie, Herr Kutschaty, Tatsachen politisch so verdrehen, wie Sie sie gerade brauchen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Laumann.

(Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt spricht als nächster Redner für die CDU-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Herr Löttgen.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung bringt heute den Haushalt 2022 als Entwurf ein – einen Haushalt in vermutlich einer der schwierigsten Phasen, die unser Land seit seiner Gründung erlebt hat, einen Haushalt, der trotz Coronapandemie, trotz neuerlicher und zusätzlicher Belastungen durch die

Folgen der Hochwasserkatastrophe die Stabilität nordrhein-westfälischer Finanzen gewährleistet, Sicherheit für die Fortsetzung begonnener Vorhaben bietet und alle vorhandenen Möglichkeiten ausschöpft, um richtige und notwendige Zukunftsimpulse zu geben.

Beide Krisen, Pandemie und Hochwasser, sind im Übrigen Ereignisse, die die künftige Finanzplanung des Landes in massiver, bisher nie da gewesener Weise beeinflussen werden.

Sehr geehrter Kollege Kutschaty, Sie haben sich gerade an Zitate über die „Dummheit“ abgearbeitet. Ich kenne ein Zitat, das heißt: „Gerade Leute ohne Takt wollen ihn oft angeben.“ Genau das haben Sie und Ihre Fraktion heute hier im Landtag gezeigt: kein Taktgefühl.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vor allen Dingen, können Sie den Takt überhaupt nicht angeben. Was Sie hier abgeliefert haben, war in großen Teilen eine Parteitags-, eine Wahlkampfredede.

Ich freue mich darauf, jetzt mit Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Interessierten, noch ein wenig über den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen zu sprechen; denn Haushalte orientieren sich schließlich an Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

Wahrheit und Klarheit, Herr Kutschaty, sind Dinge, mit denen Sie sich so unglaublich schwertun.

(Zuruf von der SPD)

Stattdessen erinnerten Ihre Ausführungen an das Abspielen einer alten, wenig gepflegten Vinylplatte. In Ihrer Rede gab es so viele Sprünge und Kratzer, dass am Ende statt der von Ihnen beabsichtigten Melodie des „Alles zu schlecht und alles zu wenig“ nur noch die gequälte Larmoyanz eines ideenlosen Politikers übriggeblieben ist.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Floskel!)

Das war allerdings erwartbar. Wer auf der Internetseite der SPD-Fraktion Nordrhein-Westfalen unter der Überschrift „Alle Themen“ nach dem Thema „Haushalt“ sucht, findet nichts, obwohl doch jeder Haushalt die Grundlage für die Gestaltung der so reichhaltig aufgeführten Politikbereiche bildet.

Aber Grundlagen und Fakten sind nicht Ihr Ding, Herr Kutschaty. Sie und die SPD bleiben lieber die Meister des Ungefähren und die Verfechter wackeliger Prognosen.

(Zuruf von der SPD: Floskeln!)

– Wissen Sie, Herr Zimkeit, wenn Ihre Haushaltsvorschläge ...

(Zuruf von der SPD: Er war das nicht!)

– War er es wieder nicht?

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– So was aber auch, Herr Zimkeit. Ich warte dann so lange, bis Sie dazwischenrufen und ich das hier verstehe. Vielleicht können Sie das ankündigen, dann hätte ich noch was für Sie.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Intellektuell verstehen Sie das sowieso nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit dem Jahr 2017 eint die NRW-Koalition der Grundsatz, dass solide Finanzen die beste Grundlage für gute Politik sind. Seit dem Haushaltsgesetz 2018 folgen die Ausgaben des Landes wieder den Einnahmen, ist dieser Haushalt ausgeglichen. Das ist etwas, an das sich selbst die Älteren in der SPD-Fraktion gar nicht mehr erinnern können.

So zeugt auch dieser Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 von Sicherheit und Stabilität, Gestaltungswillen und Gestaltungsmöglichkeiten trotz Einhaltung der Schuldenbremse mit transparenter Abbildung der außerhaushalterischen Sonderlasten. So bringt man Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit aufs Papier. Dafür sage ich unserem Finanzminister Lutz Lienenkämper wie auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums persönlich und im Namen der CDU-Fraktion herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Erreichtes sichern und Neues ermöglichen muss der Anspruch jedes Landeshaushalts sein. Lassen Sie mich mit dem bisher Erreichten beginnen und in sechs Punkten aufzeigen, was wir mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 fortsetzen werden, um Stabilität in einer angespannten Situation zu gewährleisten und Fortschritt zu ermöglichen.

Erstens: innere Sicherheit. CDU und FDP haben dieses Land sicherer gemacht. Seit 2017 ist der Etat des Ministeriums des Innern jedes Jahr kontinuierlich erhöht worden, und zwar von 5,3 Milliarden Euro in 2017 auf nunmehr 6,7 Milliarden Euro im vorliegenden Entwurf. Das entspricht einem Plus von 1,4 Milliarden Euro oder 26,4 %. Die Erfolge dessen können sich sehen lassen.

(Beifall von Daniel Sieveke [CDU])

Herr Kutschaty, ich nehme gar nicht das Coronajahr. Seit 2017 sinkt die Zahl aller registrierten Straftaten kontinuierlich, und zwar um über 17 %. Seit 2017 hat sich die Zahl der Wohnungseinbrüche halbiert.

Seit 2017 haben wir insgesamt 12.420 Kommissarinnen und -anwärter eingestellt. 2022 kommen noch einmal 2.660 hinzu. Erst damit wird die Pensionierungslücke, die Sie uns hinterlassen haben, die

SPD und Grüne hinterlassen haben, wirksam geschlossen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sven Wolf [SPD]: Rot-Grün hat angefangen, die Lücke zu schließen, die die vorherige Landesregierung hinterlassen hat!)

Seit 2017 haben wir die Ausstattungsmängel bei der Polizei beseitigt. Nur wer richtig ausgestattet ist, kann doch unseren Auftrag der Kriminalitätsbekämpfung erfüllen. 10.500 neue ballistische Helme, 10.000 neue Schutzwesten, mehr als 9.000 Bodycams, 32.000 Smartphones, 2.200 neue Streifenwagen sind unsere Bilanz, nicht Ihre Bilanz, sehr geehrter Herr Kutschaty.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir verstetigen unsere Nulltoleranzpolitik gegenüber den 111 kriminellen Clans mit rund 3.800 Tatverdächtigen: 1.800 Razzien, mehr als 2.400 Strafanzeigen, Vervierfachung der Vermögensabschöpfung. Entschlossener Einsatz zeigt eben Wirkung, und das ist der Erfolg dieser Landesregierung und nicht Ihrer Landesregierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir schauen dahin, wo SPD und Grüne weggeschaut haben. Unser Kampf gegen Kindesmissbrauch hat gerade erst begonnen. Er zeigt auf der Grundlage der vervierfachen Anzahl an Ermittlerinnen und Ermittlern sowie des Einsatzes moderner Technik Erfolge, die das ganze widerliche Ausmaß dieser Verbrechen aufdecken und uns endlich in die Lage versetzen, das entsetzliche Dunkelfeld aufzuhellen, das uns durch die Fälle von Lügde, Bergisch Gladbach und Münster eindringlich vor Augen geführt wurde.

Bei der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime, der ZAC NRW, hat unser Justizminister im vergangenen Jahr für die Einrichtung einer Taskforce gesorgt. Sie hat im ersten Jahr mehr als 1.600 Verfahren gegen mehr als 1.800 Beschuldigte geführt. Um der ungeheuren Datenmenge Herr zu werden, wird zunehmend Künstliche Intelligenz eingesetzt, die wir bezahlen. Damit lässt sich ein Tatverdacht besser belegen. Täter können schneller aus dem Verkehr gezogen werden, und den Opfern bleibt Leid erspart.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wem das zu wenig ist, Herr Kutschaty, der verhöhrt die Opfer.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben es gerade noch einmal gesagt.

Die SPD kritisiert in einer Pressekonferenz, auch heute hier, dass der Stellenplan im Innenministerium um 25 Stellen, im Justizministerium um 13 Stellen gewachsen ist. Im Gegensatz zu Ihnen sage ich: Danke, dass jetzt endlich Personal für die zusätz-

lichen Aufgaben, die die SPD jahrzehntlang liegen gelassen hat, gewonnen wird.

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von der SPD)

Rot-Grün redet gerne und viel über Sicherheit, die NRW-Koalition handelt. Wir haben einen Innenminister und einen Justizminister, die ihre Behörden stärken,

(Sven Wolf [SPD]: Die aber nicht miteinander reden!)

die die Arbeit ihrer Beamtinnen und Beamten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wertschätzen. Das unterscheidet uns von SPD und Grünen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweitens. Für CDU und ...

(Sven Wolf [SPD]: Den Polizeieinsatz im Hambacher Forst nennen Sie Wertschätzung?)

– Sehr geehrter Herr Wolf, wenn Ihre Haushaltsanträge auch nur im Mindesten die Qualität Ihrer Lautstärke hätten, dann wären wir sehr viel besser dran.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD)

Für CDU und FDP hat die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen Priorität. Seit 2017 haben wir den Schuletat um fast 2,7 Milliarden Euro erhöht. Das entspricht einem Zuwachs von 16 %. Rund ein Viertel des Gesamthaushalts wird für Schule und Bildung aufgewendet.

Wir haben auf die Schülerinnen und Schüler, auf die Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer gehört und G8 auf G9 umgestellt einschließlich der konnexitätsbedingten Ausgleichskosten für die Kommunen in Höhe von 650 Millionen Euro.

Wir haben auf die Kinder und Eltern gehört, die ihre Förderschulen behalten wollen, die Sie schließen wollten, und das Thema „Inklusion“ wieder vom Kopf auf die Füße gestellt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Seit 2017 sind 12.000 Stellen für Lehrkräfte im Haushalt geschaffen und gesichert worden.

Mit mehr als 800 Schulverwaltungsassistenten und -assistentinnen unterstützen wir unsere Schulen. In Ihrem letzten rot-grünen Haushalt waren es 200.

Wir zeigen mit 60 Talentschulen, was wir unter gerechten Bildungschancen für Schülerinnen und Schüler verstehen. 65 % aller Hauptstandorte der Schulen sind inzwischen gigabitfähig erschlossen. 2018 – Ende Ihrer Regierungsbilanz – waren es 15 %.

Wir haben die bürokratischen Vorgaben des Bundes bei der Ausstattung im Rahmen des Coronakonjunkturpaketes entschlackt und vereinfacht. Das heißt nichts anderes als: Unsere Hilfe kommt an.

Sehr geehrter Herr Kutschaty, Sie haben in der Pressekonzferenz kritisiert, dass der Stellenplan des Schulministeriums um elf Stellen gewachsen ist.

(Thomas Kutschaty [SPD]: Nein, ich habe nur gesagt, dass Herr Laschet vor vier Jahren etwas anderes gesagt hat!)

Ich sage: Danke, dass jetzt endlich Personal für die zusätzlichen Aufgaben gewonnen wird, die Sie als SPD jahrzehntelang haben liegen lassen. Aber so ist das: Rot-Grün redet gerne und viel über Schule und Bildung, die NRW-Koalition handelt. Das unterscheidet uns von SPD und Grünen.

Drittens: Politik für Kommunen. CDU und FDP standen und stehen auch in schwierigen Zeiten an der Seite unserer Städte und Gemeinden. Seit Mai 2017 haben wir unsere Kommunen mit insgesamt ...

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Wissen Sie, eines dürfen Sie nicht machen: Sie dürfen uns nicht vorwerfen, dass wir wahlweise nichts, zu wenig oder gar nichts tun, und sich dann nicht anhören wollen, was wir getan haben. Das ist Ihre unredliche Politik. Das ist Ihre Art und Weise, wie Sie dieses Plenum veräppeln wollen. Aber nicht mit mir, und deshalb geht es jetzt weiter.

(Beifall von der CDU und der FDP)

So, meine Damen und Herren:

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Seit 2017 ...

(Zurufe von den GRÜNEN)

– In einer Haushaltsdebatte kann man mal emotional sein. Über das, was Sie eben in der Debatte nach der Gedenkstunde abgeliefert haben, denken Sie besser noch einmal nach.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Seit 2017 haben wir unsere Kommunen mit rund 50,4 Milliarden Euro unterstützt – 50,4 Milliarden! Einschließlich der in diesem Haushalt vorgesehenen Zahlungen erhalten die Kommunen zusätzlich zu ihren Schlüsselzuweisungen in Höhe von 42,4 Milliarden pauschale und zweckgebundene Zuweisungen von insgesamt noch einmal 6,6 Milliarden Euro, über die sie im Gegensatz zu Ihrer Politik selbst vor Ort entscheiden können. Denn wir sind der Auffassung, dass die Menschen vor Ort besser wissen als wir hier in Düsseldorf, wofür sie das Geld gut einsetzen können. Wir haben die Zweckbindung aufgehoben, nicht Sie.

Wir haben beim Bund die Entlastung der Kommunen ... Es ist mir auch egal, ob wir es zusammen erreicht haben oder alleine. Unsere Kommunen werden durch die Entscheidungen zu den KdU um 1 Milliarde Euro pro Jahr entlastet. Nur die Entlastung ist wichtig und nicht, wer es am Ende gemacht hat, auch wenn wir uns gegenseitig sagen, jeder habe selbst dafür gesorgt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

CDU und FDP unterstützen auch in Krisenzeiten – das haben Sie ebenfalls kritisiert – die kommunale Familie. Die geschnürten Pakete mit einem Investitionsvolumen von fast 4 Milliarden Euro und die landesseitige Kompensation der ausfallenden Gewerbesteuer in Höhe von 1,4 Milliarden Euro sind doch wichtige Eckpfeiler einer Politik, die eine gute Zukunft für Kommunen erst möglich macht.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Vielleicht, sehr geehrter Herr Kutschaty, erklären Sie uns auch mal, warum die Liebe des Bundesfinanzministers zu den Kommunen aus dem Jahr 2020 jetzt so jäh erkaltet ist, wenn es darum geht, die ausfallenden Gewerbesteuerbeträge für das Jahr 2021 wieder hälftig mit dem Land zu teilen.

(Thomas Kutschaty [SPD]: Was zahlen Sie denn?)

Wir sind dazu bereit, Olaf Scholz nicht.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die SPD kritisiert in einer Pressekonferenz, dass der Stellenplan im Kommunalministerium 14 Stellen mehr ausweist. Ich sage: Danke, dass jetzt Personal für die zusätzlichen Aufgaben gewonnen wird, die durch die Bewältigung der Pandemie und der Hochwasserkatastrophe auf uns zukommen. Das nennt man vorausschauende Politik. Das ist natürlich etwas, mit dem SPD und Grüne gar nichts anfangen können.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Schlechtes Beispiel!)

Sie reden gerne und viel über die Unterstützung von Kommunen und vor allen Dingen darüber, was nicht geht. Die NRW-Koalition handelt. Das unterscheidet uns von SPD und Grünen.

Viertens: Verkehr. CDU und FDP stellen sich entschlossen den Herausforderungen einer neuen und klimafreundlichen Mobilität.

(Gordan Dudas [SPD]: Wo?)

Wir haben ...

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir haben NRW ...

(Zurufe und Heiterkeit von der SPD)

Wir haben NRW 2017 als Stauland übernommen. SPD und Grüne haben Brücken und Straßen kaputt-gespart.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Millionen Euro Bundesgeld wurden einfach nicht abgerufen und kamen anderen Bundesländern zugute. Das muss man auch erst mal schaffen.

Seit dem Regierungswechsel 2017 haben wir rund 600 Millionen Euro mehr Bundesmittel für Bundesfernstraßen nach NRW geholt, die derzeit im wahrsten Sinne des Wortes auf die Straße gebracht werden.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

– Seit 2017, Herr Klocke ...

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

– Ist Ihnen doch ein Anliegen.

Seit 2017, Herr Klocke, hat diese Landesregierung 580 km Fahrradwege gebaut.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wie viele haben Sie eigentlich gebaut, Herr Klocke? Antwort? Wie viele?

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ich sage doch: Ist überhaupt nicht verabschiedet!)

– Sie wissen es nicht. Ja, habe ich mir gedacht. Es waren auch so wenige, dass man es sich gar nicht merken kann.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das Gesetz ist überhaupt noch nicht verabschiedet!)

Wir haben das erste Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz in einem Flächenland auf den Weg gebracht. In NRW sollen künftig 25 % der Verkehrswege auf das Rad entfallen.

(Zuruf von André Stinka [SPD])

Keine andere Landesregierung hat jemals so viel für den Radverkehr getan. Seit 2017 investieren wir Rekordsummen in Straßen, Brücken und Schienen. 2017 wurden von Rot-Grün für den Neu- und Ausbau der Landesstraßen 32 Millionen Euro eingeplant. 2022 unter Schwarz-Gelb werden es 72 Millionen Euro sein, plus 125 %. So macht man gute Verkehrspolitik für die Menschen vor Ort.

Wir stärken den ÖPNV von 2019 bis 2031 mit mehr als 2 Milliarden Euro. Wir führen ein landesweit einheitliches und verständliches Tarifsystem ein, mit dem Buchungen einfach, schneller und komfortabler werden.

Sie – und das war der Hauptpunkt Ihrer Kritik bei der Pressekonferenz – von der SPD kritisieren, dass der

Stellenplan im Verkehrsministerium um 40 Stellen nach oben geht. Ich sage: Danke, dass jetzt endlich Personal gewonnen werden kann

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

für die zusätzlichen Aufgaben, die die SPD jahrzehntelang hat liegenlassen.

Sie als SPD und Grüne reden gern und viel über Mobilität und Verkehr, vor allen Dingen darüber, was nicht geht. Die NRW-Koalition handelt. Das unterscheidet uns von SPD und Grünen.

Fünftens: Klimaschutz. Diese Landesregierung geht beim Kohleausstieg und beim Klimaschutz voran, und zwar bundesweit. Kein Bundesland spart mehr CO₂ ein als Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Das passt Ihnen alles nicht. Ich weiß, es passt nicht in Ihre Erzählung. Ich trage ja nur Fakten vor. Ist ja kein Problem.

Im Vergleich zu Rot-Grün hat die NRW-Koalition ...

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ich kann das Gleiche denken!)

– Ich weiß nicht, wo Sie zur Schule gegangen sind. Aber Multiplikation schaffen Sie noch?

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ich habe nur niedersächsisches Abitur!)

... eine Versiebenfachung von Mitteln zu verzeichnen, siebenmal so viel wie Sie ausgegeben haben. Herr Mostofizadeh, da können Sie noch so dummlich grinsen, das ist so.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wie sind Sie denn drauf?)

Siebenmal mehr hat diese Landesregierung ausgegeben für den Bereich „Klima und Energie“ und zwischen 2018 und 2021 ein halbe Milliarde Euro bereitgestellt.

(Beifall von der CDU)

Ich will Ihnen übrigens sagen – da wir eine halbe Milliarde bereitgestellt haben –: Wissen Sie, wie hoch der letzte Haushaltsansatz von Rot-Grün war? Wissen Sie auch nicht. Ja, die Zahl ist auch so klein; die kann man sich schlecht merken: 24 Millionen Euro – das war es.

(Zuruf von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Wir haben die aktuellen Klimaschutzziele von minus 25 % im Jahr 2020 gegenüber 1990 weit übertroffen. NRW reduziert Treibhausgasemissionen schneller als im Bundesschnitt. Mit dem neuen Klimaschutzgesetz NRW haben wir das ambitionierteste Klimaschutzgesetz aller Bundesländer auf den Weg gebracht – 2030 minus 65 %, 2040 minus 88 %, 2045 Klima-

neutralität. Und bei jetzt schon erreichten minus 45 % gegenüber 1990 sind wir verflüxt gut auf dem Weg.

Diese NRW-Koalition – nicht SPD und Grüne – hat das bundesweit erste Klimaanpassungsgesetz beschlossen, mit dem wir Klimawandel konkret begegnen und Handlungskonzepte bis hinunter auf die Ebene der Kommunen fördern.

Schon 2020 hat die NRW-Koalition fast 80 Millionen Euro, die wir verstetigen, für Elektromobilität zur Verfügung gestellt. Zum Vergleich – Herr Mostofizadeh, wissen Sie es noch? – Rot-Grün im letzten Haushalt: Null Förderung der Elektromobilität.

Bis 2028 schultert das Rheinische Revier den deutschen Kohleausstieg komplett allein. Bis 2030 meistert NRW immer noch zwei Drittel des gesamtdeutschen Ausstiegs aus der Braunkohle. Der Tagebau Hambach wird rund ein Jahrzehnt früher stillgelegt als die rot-grüne Leitentscheidung das vorsieht. Ja, auch wenn Sie es nicht hören wollen, meine Damen und Herren, es ist und bleibt die Wahrheit: Wir sind die klimafreundlichste Landesregierung, die die Bundesrepublik Deutschland hat.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP] – Lachen von Thomas Kutschaty und André Stinka [SPD])

Sie von SPD und Grünen reden über Klimaschutz. Sie reden darüber, was alles nicht geht und was nicht sein darf. Wir als NRW-Koalition handeln einfach, und das unterscheidet uns von SPD und Grünen.

Sechstes Thema: Familie. Kinder sind für uns die Zukunft und Familie das Fundament unserer Gesellschaft. Deshalb ist hier jede Investition richtig und wichtig. Seit 2020 ist das neue KiBiz in Kraft. Mit jährlich 1,3 Milliarden Euro zusätzlich stärken wir die frühkindliche Bildung, finanzieren bedarfsorientierte Betreuungsangebote, ein zweites Kitajahr ist beitragsfrei, und wir geben als Land eine Kitaplatz-Ausbaugarantie. Damit fließt eine Rekordsumme von 4,3 Milliarden Euro in den Bereich der frühkindlichen Bildung.

Seit der Regierungsübernahme haben wir rund 82.500 neue Plätze in der Kindertagesbetreuung geschaffen. Wegen Corona konnten frühkindliche Bildungs- und Betreuungsansprüche teilweise oder nur reduziert in Anspruch genommen werden. Deshalb haben wir als Land mehr als 200 Millionen Euro in die Hand genommen, damit Eltern von Beiträgen entlastet werden können.

Wir haben mehr als 114 Millionen Euro für kostenfreie Coronatests in die Hand genommen, damit Kitas für Kinder und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicher bleiben. Um die Folgen der Coronapandemie für Kinder und Jugendliche abzumildern, haben Bund und Land das Programm „Aufholen nach Corona“ beschlossen. Das Land hat diese 270 Millionen Euro des Bundes aus eigenen Mitteln ver-

doppelt, sodass für NRW allein 539 Millionen Euro für die Jahre 2021 und 2022 zur Verfügung stehen.

Ja, meine Damen und Herren, SPD und Grüne reden gern und reden vor allen Dingen viel über Kinder und Familien, wir als NRW-Koalition handeln. Das unterscheidet uns von SPD und Grünen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wer wie die beiden Oppositionsparteien von SPD und Grünen die Erfolge dieser Landesregierung kleinreden und schlechtmachen will, der lebt in einem finanzpolitischen Paralleluniversum.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich habe bei Weitem noch nicht alle Punkte aufgeführt – wir haben ja auch noch eine zweite und dritte Lesung – und jeden Fortschritt benannt,

(Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

den die Landesregierung seit 2017 auf den Weg gebracht hat.

Da mögen SPD und Grüne nörgeln und mäkeln, wie sie wollen – wer zugehört hat, der weiß: Diese Landesregierung hat einen exzellenten Job gemacht, und wir werden ihn mit diesem Haushalt 2022 fortsetzen.

Wir geben nur Geld aus, das erwirtschaftet wird. Das sind in diesem Jahr 87,5 Milliarden Euro. Bei uns ist jede einzelne Stelle mit Geld hinterlegt. Wir weisen Sonderausgaben, zum Beispiel für Corona, sauber und transparent aus. Bei uns steht die schwarze Null, die für Sie so etwas Ähnliches wie ein Fetisch ist, und wir investieren dennoch in die Zukunft der Menschen in unserem Land.

Die Menschen in unserem Land freuen sich – Herr Kutschaty, es war so schön, als Sie Ihr Programm am Montag vorgestellt haben – heute schon über die frisch renovierten und neu gebauten Sportanlagen, Vereinshäuser, Spielplätze und Dorfhäuser,

(Beifall von der CDU und Stefan Lenzen [FDP])

die Sie sensationellerweise mit Ihrem sozialen Neustart am Montag gefordert haben, deren Ermöglichung wir aber längst schon gefördert haben.

(Zuruf von der SPD)

Die Menschen im Land nutzen die Fahrradwege, von denen Sie geredet und die wir gebaut haben und noch bauen, schon längst, und sie fahren wieder über Straßen und Brücken, deren Sanierung SPD und Grüne versprochen hatten, die allerdings wir saniert haben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von André Stinka [SPD])

Ich will noch einmal das, was Lutz Lienenkämper angekündigt hat – einen Schwerpunkt dieser Haushaltsplanung –, hervorheben: die Auflösung des gigantischen, unter rot-grüner Vorgängerregierung aufgelaufenen Sanierungsstaus.

Die NRW-Koalition packt dieses Problem im kommenden Haushalt mit der Bereitstellung von 4,5 Milliarden Euro für die nächsten Jahre entschlossen an. Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, haben unserem Land sichtbaren Schaden zugefügt. Sie haben Landesgebäude verfallen lassen, die bauliche Substanz der Hochschulen sträflich vernachlässigt,

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Justiz- und Polizeidienststellen abgebaut und in dieser Summe einen enormen Sanierungsstau hinterlassen.

Um diesen Schaden zu beseitigen, stehen im Etat 2020 für die kommenden fünf Jahre zusätzliche Mittel in Höhe von 4,5 Milliarden Euro bereit. Dabei steht die Modernisierung der Landesliegenschaften gerade auch unter Klimaschutzaspekten im Mittelpunkt. Aber auch die Steigerung der Attraktivität des Landes als Arbeitgeber ist uns wichtig. Denn für junge Leute ist heutzutage ein moderner, auf die Zukunft ausgerichteter Arbeitsplatz ein entscheidender Faktor bei der Wahl des zukünftigen Arbeitgebers.

Mit diesem Programm setzen wir zudem einen weiteren Konjunkturimpuls, damit das Land gestärkt aus der Krise kommt und wir das Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung bereits 2030 erreichen.

In der Pressekonferenz der SPD am 6. September kritisierten Thomas Kutschaty und der finanzpolitische Sprecher Herr Zimkeit den Rettungsschirm als – ich zitiere – Nebenkasse zur Entlastung der Buchhaltung. Man wolle sich bedienen, um Haushaltslöcher zu stopfen, hörte man da.

Da schauen wir uns einmal an, was der Landtag am 24. März 2020 mit den Stimmen der SPD beschlossen hat: § 2 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens, Zweck, Abs. 1.

„Das Sondervermögen hat die Aufgabe, die Einnahmen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise zu bündeln. Die Verausgabung erfolgt durch den Landeshaushalt.“

Zunächst: Es ist wirklich eine extrem starke Leistung dieser Landesregierung, die Rahmenbedingungen in unserem Land so zu setzen, dass unsere Wirtschaft besser aus der Pandemiekrise herauskommt als angenommen: plus 3,5 % in Nordrhein-Westfalen, 0,4 % besser als der Bundesschnitt,

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

und ein Anstieg der Beschäftigten über das Vorkrisenniveau hinaus auf den neuen Höchstwert von 7,09 Millionen Menschen.

Deutschlandweit ging das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um real 4,9 % zurück, in Bayern und Baden-Württemberg gar um 5,5 %. In NRW waren es im Vergleich „nur“ 4,4 %.

Auch wenn geringer als angenommen: Die Steuerausfälle des Landes von 3,65 Milliarden Euro sind vorhanden und müssen gedeckt werden. Diese Defizite sind nachweislich begründbar. Dieses Defizit ist doch nicht entstanden, weil in Oberbayern eine Weißwurst geplatzt ist, sondern weil Corona der Wirtschaft stark zugesetzt hat, weil Lieferketten unterbrochen wurden, weil Produktion zurückgefahren werden musste. Daher ist die Abbildung dieser Summe im Sondervermögen als indirekte Folge der Pandemie für das Land nicht nur notwendig, sondern auch rechtlich geboten.

Dann gibt es den Bericht des Landesrechnungshofs, der besorgt über den Rekordschuldenstand einen konsequenten Sparkurs einfordert und den, sehr geehrte Frau Präsidentin, wir auch fahren werden.

Dennoch bejubelt Herr Zimkeit von der SPD diesen Bericht als Beweis für einen angeblichen Wortbruch. Quasi im gleichen Atemzug fordert er für die SPD eine noch höhere Neuverschuldung durch zwei Pakete in der Höhe von sage und schreibe 15 Milliarden Euro – das Ganze ohne Netz und doppelten Boden, sprich: ohne jede Gegenfinanzierung.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das wäre doch einmal eine Eilmeldung wert: Achtung, die SPD kann einen Euro zweimal ausgeben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Was wie eine Sensation klingt, ist erkennbar Voodoo-Finanzpolitik mit fortgeschrittener Wählertäuschung. Sie von der SPD, meine Damen und Herren, müssen wirklich Liebhaber der bayerischen Kultur sein. Sie schaffen es ohne Mühe, die Verlängerung eines Karl-Valentin-Satzes hier in diese Finanzdebatte zu bringen. Aus der Opposition heraus kritisieren Sie das, was Sie selbst zu Regierungszeiten nicht hinbekommen haben, oder, um mit Karl Valentin zu sprechen: Mögen hätte ich schon wollen, aber dürfen habe ich mich nicht getraut. – Das ist Ihre Politik, Herr Kutschaty.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD)

Da kann ich nur sagen: Gut für die Menschen, dass bei uns ein Finanzminister Lutz Lienenkämper am finanzpolitischen Steuerrad steht. Diese Landesregierung kann man nämlich an ihren Taten messen. Wenn man hinhört und zuschaut – die Opposition will beides nicht –, dann steht unser Land gut da, weil

unsere Finanzpolitik und dieser Haushaltsentwurf solide, tragfähig, transparent und im wahrsten Sinne des Wortes berechenbar die zukünftigen Leistungen und Herausforderungen unseres Landes abbildet und meistert – nicht durch reden, sondern durch handeln und machen.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Löttgen. – Nun hat für die grüne Fraktion die Fraktionsvorsitzende, Frau Paul, das Wort.

Josefine Paul* (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Löttgen, Sie haben sich gerade mehr oder weniger erfolgreich durch Ihre Haushaltsrede geklauert und dabei natürlich einmal mehr nicht mit Eigenlob gespart. Das ist wahrscheinlich auch nötig; denn der Anteil derer, die Sie ansonsten loben, wird immer geringer. Nach dieser Haushaltsrede wird er bestimmt nicht größer geworden sein.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Allerdings, sehr geehrte Damen und Herren, sind die Herausforderungen, vor denen wir stehen, groß und erfordern eben auch andere Antworten als die, die Sie hier immer so als kleines Pingpongspiel, garniert mit irgendwelchen anderen Kalauern, vorgetragen haben, Herr Löttgen. Die Klimakrise, die Hochwasserkatastrophe, die Bewältigung der Coronapandemie und die zunehmende soziale Spaltung sind die Herausforderungen, denen wir begegnen müssen.

Gleichzeitig haben wir jetzt die Chance, unser Land zukunftsfest umzubauen. Doch der vorliegende Haushalt – und da gehen unsere Meinungen schon diametral auseinander – wird genau diesen Herausforderungen eben nicht gerecht. NRW tritt bei den wichtigen Zukunftsfragen auf der Stelle: Wie gestalten wir unseren Wirtschaftsstandort klimaneutral und zukunftsfest? Wie garantieren wir faire Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche? Wie stärken wir die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen, die immer noch unter der Last der Altschulden lechzen?

Ja, und dann attestiert Ihnen, Herr Finanzminister, der Landesrechnungshof auch noch, dass Sie gerade nicht der solide Kassenwart sind, als den Sie sich so gerne ausgeben. Das haben Sie auch gerade wieder versucht. Nein, im Gegenteil: Ihnen wird sogar attestiert, dass Sie wie ein Kind agieren, das sich im Supermarkt den Korb voller Süßigkeiten packt, obwohl es nicht genug Geld dabei hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Drastischer hätte die Klatsche doch nun kaum ausfallen können. Dabei, und das will ich auch sagen,

müsste ein voller Einkaufskorb gar nicht mal schlecht sein, wenn Sie denn wenigstens etwas Gesundes und nicht nur Leckerlis in diesen Einkaufskorb gepackt hätten, wie zum Beispiel einen Altschuldenfonds für die Kommunen, wie zum Beispiel mehr für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, wie zum Beispiel mehr für sanierte Schulen, damit wir endlich aus der Kreidezeit kommen. Aber all das haben Sie nicht in Ihren Einkaufskorb gepackt, und das ist das, was wir im Kern diskutieren, und das ist das, was wir im Kern kritisieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Fazit: Die Regierung Laschet wird also nicht nur ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht und ist daran gescheitert, sondern sie scheint mit den aktuellen Anforderungen – siehe beispielsweise Coronakrise – überfordert, und sie wird auch den zentralen Herausforderungen für die Zukunft nicht gerecht. – Das ist das Fazit und das ist die Bilanz dieser schwarz-gelben Landesregierung, unabhängig davon, dass Sie sich selbst immer die besten Noten ausstellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Interesse – das ist die traurige Erkenntnis – an NRW-Landespolitik scheint zumindest beim Ministerpräsidenten nicht mehr besonders ausgeprägt. Ich finde schon, dass das etwas ist, was das Parlament hier intensiv und auch dringlich miteinander diskutieren muss. Ich finde, es ist einfach eine Missachtung des Parlaments, wenn der Ministerpräsident der Einbringung des Haushaltes nicht beiwohnt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

– Ja, das ist auch gut. Ich finde es auch gut, dass Sie da sind. Aber ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen: Den Ministerpräsidenten hätte ich als denjenigen, der hier die Richtlinienkompetenz hat, schon gerne bei der Haushaltseinbringung persönlich hier gehabt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

An die Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU gerichtet: Was Sie hier heute Mittag in der Frage der Einberufung des Ältestenrats aufgeführt haben, spottet, ehrlich gesagt, jeder parlamentarischen Kultur.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist ja mittlerweile Konsens in Politik und Gesellschaft, dass die Klimakrise die größte Herausforderung unserer Zeit ist. Tatsächlich konnten auch der Finanzminister und Herr Löttgen wenigstens kurz ein Wort dazu verlieren. Allerdings müsste spätestens seit dem aufrüttelnden Zwischenbericht des IPCC klar sein, dass jetzt nicht mehr die Zeit ist, um die Größe der

Herausforderung zu bewundern oder sie zumindest mal benennen zu können. Nein, vielmehr braucht es konsequentes Handeln, und zwar jetzt, und nicht eine Politik, die weitere 17 Jahre auf Kohle setzen will.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gerichte haben diese zögerliche, diese verzagte und realitätsverweigernde Haltung der Union in diesem Jahr gleich mehrfach abgestraft. Im Frühjahr gab es den wegweisenden Beschluss des Bundesverfassungsgerichts und vor zwei Wochen die deutliche Klatsche des OVG Münster zu Datteln 4. Hier zeigt sich die ganze Rückwärtsgewandtheit der Politik Laschet. Datteln 4 hätte nie gebaut, aber erst recht nie in Betrieb gehen dürfen.

(Andreas Keith [AfD]: Hätten Sie es einfach nicht genehmigt!)

Die Kohlekommission hatte Ihnen empfohlen, für die gebauten, aber noch nicht in Betrieb befindlichen Kraftwerke eine Verhandlungslösung mit den Betreibern zu suchen. Das ist das, was überbleibt, wenn Herr Laschet sagt, er setze etwas eins zu eins um: eine grobe Klatsche vor einem Gericht. Das ist die Verlässlichkeit dieser Regierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch das Bundesverfassungsgericht hat in seinem historischen Beschluss vom 29. April deutlich gemacht: Wir dürfen politische Verantwortung nicht auf nachfolgende Generationen abschieben. Die Klimafrage ist damit auch höchstrichterlich zu einer Frage der Generationengerechtigkeit erklärt worden, die unmittelbar die Freiheit unserer Kinder und Enkel bedroht, wenn wir nicht jetzt handeln.

Auch die Landesregierung hat es nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts bei einer kosmetischen Anpassung des Zieldatums im Klimaschutzgesetz belassen. Mehr haben Sie nicht getan. Dabei wäre diese Kurskorrektur so überfällig. Aber die Regierung unter Ministerpräsident Laschet hat diese Kurskorrektur nicht vorgenommen: „Weil jetzt so ein Tag ist, ändert man nicht die Politik.“ – Doch. Genau das ist notwendig, weil sich diese Tage mit Gerichtsentscheidungen, aber leider auch mit schrecklichen Umweltfolgen häufen. Deshalb müssen wir unsere Politik ändern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es reicht eben nicht, einfach die Ziele im Klimaschutzgesetz anzupassen und dann die Hände in den Schoß zu legen. Die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele müssen wir anpacken. Das ist jetzt dringend nötig. Doch die Landesregierung tut nicht nur nicht genug für den Klimaschutz. Es ist sogar noch schlimmer: Wirklich konkret wird es mit dieser Landesregierung, wenn es um die Verhinderung geht. Das Festhalten am Kohleausstieg 2038 konterkariert

die Klimaschutzziele. Der Kohleausstieg muss auf 2030 vorgezogen werden, sonst werden Sie noch nicht mal Ihre wenig ambitionierten Klimaschutzziele erreichen.

Doch Schwarz-Gelb weigert sich, die Leitentscheidung entsprechend anzupassen. Damit weigert sich die Landesregierung auch, die Heimat der Menschen in den Dörfern zu retten.

Im ganzen Konflikt um den Hambacher Wald sind weder der Ministerpräsident noch die Landesregierung mal als Vermittler aufgetreten. Im ganzen Konflikt nicht. Im Gegenteil. Jetzt erreicht uns die Eilmeldung zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln. In der Pressemitteilung zum Entscheid des Verwaltungsgerichts Köln steht:

„Vor allem sei aus der Weisung des Ministeriums erkennbar“

– hier ist Ihr Ministerium gemeint, Frau Scharrenbach –,

„dass die Räumungsaktion letztlich der Entfernung der Braunkohlegegner aus dem Hambacher Forst gedient habe. Das aber sei nicht Zweck der angewandten baurechtlichen Regelungen zum Brandschutz, die insofern nur vorgeschoben worden seien.“

(Beifall von den GRÜNEN)

Wie deutlich kann ein Gericht einem attestieren, dass die gesamte Rechtsargumentation völlig in sich zusammengebrochen ist! Sie war rein politisch motiviert. Sie brauchten – und Sie haben sich einen zu rechtgebogen – einen Grund zum Räumen, um die Interessen von RWE durchzusetzen. Diesen Vorgang, sehr geehrte Damen und Herren, wird diese Landesregierung – allen voran Ministerin Scharrenbach und Minister Reul, aber auch Ministerpräsident Laschet – erklären müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir brauchen verbindliche Ziele und Maßnahmen für alle Sektoren – nicht nur kosmetische Korrekturen und Ankündigungen. Die grüne Landtagsfraktion hat dazu ein umfangreiches Gutachten in Auftrag gegeben, das deutlich macht, dass Nordrhein-Westfalen schon 2040 klimaneutral sein kann. Die Studie zeigt, dass Klimaneutralität in weniger als 20 Jahren technisch möglich ist. Aber das braucht eben eine Regierung, und es braucht politische Rahmenbedingungen, die das Technische auch politisch und rechtlich in den Rahmenbedingungen möglich machen.

Und auch das Ziel der Landesregierung, 2045 klimaneutral zu werden, werden Sie mit reiner Rhetorik und reiner Ankündigungspolitik schlicht und ergreifend so nicht erreichen können. Mit bloßen Ankündigungen werden wir dieses Ziel nicht erreichen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Armin Laschet ist bei der Frage, wie unser Industriestandort zukunftsfest gemacht werden kann und die Klimakrise einzudämmen ist, leider komplett blank. Als Kanzlerkandidat befürchtet er, dass konsequenter Klimaschutz der Industrie Fesseln anlegt; ein gerne von ihm vorgetragener Vorwurf. Als Ministerpräsident allerdings steht er für eine Abstandsregelung bei der Windenergie, die den Ausbau dieses Energieträgers faktisch zum Erliegen bringt. So viel zum Thema „Fesseln“.

(Matthias Goeken [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Und selbst die Stimmen aus der Wirtschaft, die einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien einfordern, um eine nachhaltige Zukunft des Industriestandorts zu sichern, bleiben bei Armin Laschet leider ungehört. Das ist industriefeindliche Politik, meine Damen und Herren, und Armin Laschet ist es, der der Industrie mit dieser Politik Fesseln anlegt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber wen mag das eigentlich nach den Ankündigungen der letzten Tage noch ernsthaft überraschen? Von jemandem, der allen Ernstes Friedrich Merz, die personifizierte Antworten der Vergangenheit, in sein Zukunftsteam holt, erwarte ich auch keine Antworten für einen zukunftsfesten Wirtschaftsstandort.

(Beifall von den GRÜNEN)

„Regieren wie Schwarz-Gelb in NRW.“ Das ist immer das Mantra. Allerdings muss man sehr deutlich sagen: Weder darf das zur Blaupause für den Bund werden, noch ist dieser Haushalt – und das zeigen dieser Haushalt und die Bilanz Ihrer Regierungszeit eindeutig – etwas für die Ausgestaltung unseres Standortes hier in Nordrhein-Westfalen.

Die Wirtschafts- und Energiepolitik wird in diesem Land leider vom Prinzip Hoffnung geleitet und geht über reine Ankündigungsrhetorik selten hinaus. Medienwirksam werden dann High-Level-Dialoge oder Spitzengespräche Wasserstoff inszeniert. Mich beschleicht dabei der Eindruck, dass einzig die Vermarktung dabei wirklich High Level ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Haushalt jedenfalls sehen angesichts der Größe der Aufgabe und der Fülle der Ankündigungen gerade mal – und der Finanzminister hat sich gerade üppig dafür gelobt – 15 Millionen Euro beim Thema „Wasserstoff“ dann doch eher mickrig aus, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Klar ist doch: Wer den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig machen und damit Wohlstand und Arbeitsplätze langfristig sichern will, muss der Industrie verlässliche Rahmenbedingungen für

den klimagerechten Umbau bieten. Dazu gehören Investitionsmöglichkeiten für die Industrie. Dazu gehören sichere Rahmenbedingungen. Wir müssen Klimapionier*innen auf dem Weg unterstützen.

Und ganz ehrlich – das bekommt man doch mit, wenn man im Land unterwegs ist –: Die Unternehmen – ob es nun die kleinen Handwerksbetriebe oder die großen Industriebetriebe sind – sind doch längst viel weiter als die völlig ambitionslos Politik dieser Landesregierung. Mehr Tempo, wie Armin Laschet so gerne einfordert, bildet sich in diesem Haushalt bei den Themen „Klimaschutz“, „Energiewende“ oder „Umbau der Wirtschaft“ leider nicht ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch der Ausbau der Solarenergie kommt kaum voran. Im Rahmen der Novellierung der Landesbauordnung hat die Landesregierung doch einmal mehr eine Chance vertan, um signifikant für mehr Solar- und mehr Dachbegrünung zu sorgen. Stattdessen hat es in der Vorstellungskraft und im Gesetz dieser Landesregierung für Solar nur für große gewerbliche Parkplätze gereicht. Das enorme Potenzial, das in dieser Technologie liegt, bleibt somit weiter ungenutzt.

Und auch bei ihren eigenen Ambitionen zur Photovoltaik auf Landesgebäuden ist die Landesregierung kläglich gescheitert. Gerade einmal neun mickrige Anlagen und damit nicht einmal 10 % dessen, was Sie selbst vollmundig angekündigt haben, haben Sie in den letzten Jahren umgesetzt. Wenn wir in dem Tempo weitermachen, dann bleibt die Schule in der Kreidezeit, und auch die Industrie- und Energiewende bleibt irgendwie in den Startlöchern stecken. Das ist die Bilanz dieser Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dieses Muster der verpassten Chancen durchzieht die gesamte Politik der Landesregierung, insbesondere im Bereich „Klima und Energie“: große Worte – die haben wir eben auch wieder gehört –, aber wenig eigene Leistung.

Herr Löttgen – Sie sind gerade nicht anwesend; Sie wollen die Antwort, wie Ihre tolle CO₂-Reduktionsbilanz zustande kommt, wahrscheinlich gar nicht hören –, ausgiebig loben Sie und die Landesregierung sich für die Reduktion der CO₂-Emissionen. Fakt ist aber, dass Sie selbst herzlich wenig dazu beigetragen haben, und das, obwohl – das möchte ich zugestehen – die Treibhausgasemissionen seit 2017, also Ihrem Regierungsantritt, tatsächlich um 20 % gesunken sind. Die traurige Nachricht ist: In demselben Zeitraum ist der Ausbau der erneuerbaren Energien leider nur um 5 % gestiegen.

Sie erkennen die Schwierigkeiten bei der Energiewende in Nordrhein-Westfalen. Aber selbst Ihr eigenes Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen liefert den Beleg dafür,

dass diese Landesregierung selbst rein gar nichts bei der CO₂-Reduktion vorzuweisen hat, sondern dass es andere Effekte sind. Ich darf das LANUV zitieren:

„Der zu erwartende Rückgang der Emissionen im Jahr 2020 lässt sich überwiegend mit einer Reduzierung der Kohleverstromung, u. a. in Folge der erfolgreichen Reform des europäischen Emissionshandels, der Stilllegung großer Kraftwerke wie dem Steag Kraftwerk Lünen oder dem Heizkraftwerk Elberfeld sowie einer insgesamt geringeren Auslastung der Kraftwerke, vor allem durch einen durch die Lockdown-Maßnahmen bedingten Rückgang des Bruttostromverbrauchs, erklären“.

Das heißt im Klartext: Die klimapolitische Bilanz dieser Landesregierung zeichnet sich durch das Ausbremsen der erneuerbaren Energien, die Emissionsreduktion durch Effekte anderer, die Inbetriebnahme eines Schwarzbaus gegen die Empfehlung der Kohlekommission und Reduktionseffekte aufgrund des Lockdowns aus. Das ist die Bilanz der schwarz-gelben Regierungszeit seit 2017. Dank der Regierung Laschet tritt Nordrhein-Westfalen auf der Stelle, was Klimaschutz und Energiewende angeht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, die schreckliche Flutkatastrophe des Sommers mit mehr als 180 Toten – 49 Tote allein in Nordrhein-Westfalen, derer wir heute Morgen in einer sehr würdigen Feierstunde gedacht haben – und die schlimmsten Zerstörungen haben uns allen vor Augen geführt, dass die Klimakrise und Extremwetterereignisse direkt vor unserer Haustür stattfinden und unmittelbar unser Leben beeinträchtigen. Sie sind nicht abstrakt und nicht weit weg, sondern direkt hier.

Hilfe und Unterstützung für die Betroffenen sowie der Wiederaufbau stehen auch mehr als sieben Wochen nach der Katastrophe im Fokus und werden noch Monate, wenn nicht Jahre andauern. So lange wird es noch dauern, die sichtbaren Spuren zu beseitigen. Die unsichtbaren Schäden – der Schrecken, die Trauer und die seelischen Spuren – werden bleiben. Wir können nur helfen, sie ein klein wenig zu lindern.

Die Solidarität, die Unterstützung und die Anteilnahme für die Menschen in den Flutgebieten war und ist groß. Unser Dank gilt – das haben vorhin schon alle Rednerinnen und Redner gesagt – allen Helferinnen und Helfern für diese Unterstützung, für die Solidarität und für die anhaltende Anteilnahme.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ja, wir werden Hochwasser und Überschwemmungen nicht verhindern können. Aber wir müssen mehr Vorsorge beim Schutz vor Hochwasser und Starkregen betreiben. Wir müssen Lehren aus dieser schrecklichen Katastrophe ziehen.

Um die zerstörerische Kraft des Wassers zu mindern, braucht es aber vor allem eines: Fläche. Das Wasser muss Raum haben, sich unschädlicher ausbreiten und versickern zu können.

Doch die schwarz-gelbe Landesregierung hat es versäumt, diesem Umstand Rechnung zu tragen. Im Gegenteil: CDU und FDP haben den 5-ha-Grundsatz zur Beschränkung der Flächenversiegelung aus dem Landesentwicklungsplan gestrichen. Heute – diese Zahl finde ich im Vergleich durchaus erschreckend – werden in Nordrhein-Westfalen pro Tag 22 ha Fläche versiegelt – Fläche, die als Sickerfläche fehlt; Fläche, die bei Hochwasser und Starkregen Wasser aufnehmen könnte, aber natürlich gleichzeitig bei Hitze und Dürre – auch Phänomene, die wir in den letzten Sommern direkt vor unserer Haustür erlebt haben – gespeichertes Wasser wieder abgeben könnte.

Entfesselt und damit geschwächt wurden auch die Regelungen zum Schutz der Flächen, die dem Hochwasserschutz dienen. Auch das Vorkaufsrecht des Landes zugunsten naturnaher Gewässerentwicklung wurde ersatzlos gestrichen.

Diese Änderungen – das muss man hier so deutlich benennen – gehen zulasten des Hochwasserschutzes und müssen deshalb so schnell wie möglich rückgängig gemacht werden.

(Beifall von den GRÜNEN und Susana dos Santos Herrmann [SPD])

Doch der Haushalt trägt diesen Herausforderungen keinerlei Rechnung. Mehr Mittel gibt es weder für Klimaanpassungen noch für den kommunalen Klimaschutz. Zwar lobt sich die Regierung – vorhin schon wieder – ausgiebig und überschwänglich für das erste Klimaanpassungsgesetz in Deutschland. Aber nicht nur inhaltlich ist diese reine Auskopplung aus dem Klimaschutzgesetz doch eine Mogelpackung. Es wird auch deutlich, dass nicht viel dahinter ist, wenn es konkret um Geld für die Umsetzung geht. Da fällt dieses Pinkwart'sche Dorf, auch wenn Teile des Klimaschutzgesetzes und des Klimaanpassungsgesetzes in der Zuständigkeit von Frau Heinen-Esser liegen, doch einmal mehr völlig in sich zusammen.

Auch mit den sprudelnden Steuereinnahmen der letzten Jahre oder mit den Corona-Rettungsschirm-Mitteln hat diese Landesregierung es nicht vermocht, die dringend notwendigen Investitionen auf den Weg zu bringen, zum Beispiel den Kommunen durch einen echten Zukunftspakt zu helfen, aber auch den Klimaschutz in diesem Land zu stärken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ ist NRW's bislang erfolgreichste Volksinitiative. Das Aktionsbündnis umfasst 215 Verbände und Vereine, und rund 207.000 Menschen haben die Initiative mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Und tatsächlich: Ihr Engagement hat sich auszahlt. Anders als die Landesregierung sich jetzt selbst lobpreist, ist es ja die Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ gewesen, die die Landesregierung erst dazu getrieben hat, das erste Fahrradgesetz für ein Flächenland in Deutschland auf den Weg zu bringen. Es ist der Erfolg der Volksinitiative und nicht der Erfolg dieser Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass es ein solches Fahrradgesetz gibt, ist auch dringend notwendig; denn der Verkehrssektor ist nicht nur ein entscheidender Faktor bei der Bekämpfung der Klimakrise, sondern auch der Sektor, in dem in den letzten 30 Jahren praktisch keine Emissionsreduktion stattgefunden hat. Für eine wirkliche Mobilitätswende braucht es allerdings auch im Verkehrsbereich klare Vorgaben und Maßnahmen.

Ja, es ist gut, wenn die Landesregierung sich jetzt das Fahrradgesetz zu eigen macht und mit ihrem Gesetzentwurf tatsächlich die Erhöhung des Radverkehrsanteils von derzeit etwa 9 % auf 25 % festzuschreiben will. Allerdings – das hat der Finanzminister heute auch wieder geflissentlich unterschlagen – bleibt sie bei der Frage, wie und wann sie dieses Ziel erreichen will, wieder völlig im Unkonkreten. Dem Ziel der Gleichrangigkeit der Verkehrsträger, was ja auch das Ziel dieses Fahrradgesetzes ist, wird weder der Entwurf zum Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz noch der vorliegende Haushaltsentwurf gerecht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zwar haben die Menschen mit den Pedalen abgestimmt, und der Radverkehrsanteil wächst stetig. Aber die eingestellten Mittel sind doch nur ein Placebo, wenn es nicht gelingt, sie wortwörtlich auch auf den Weg zu bringen. Das heißt, sie müssen auch verplant werden; die Radwege müssen auch entstehen. Genau daran hat es in den letzten Jahren gehapert.

Daran werden wir auch die massiven Mittelauswüchse in diesem Haushalt messen. Wir messen nicht nur, welche Mittel eingestellt werden, sondern am Ende ist wichtig, dass die Menschen gute und sichere Radwege haben, damit wir dieses Ziel von mehr Radverkehr in der Mobilität erreichen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber eigentlich – darauf hat der Finanzminister in erstaunlicher Offenheit schon hingewiesen – ist der Lieblingsverkehrsträger dieser Landesregierung nach wie vor das Auto. Ganz im Sinne des Ministerpräsidenten will Verkehrsminister Wüst nämlich auch weiterhin Geld für Straßenbau ausgeben. Für den Bau neuer Landesstraßen – den Bau neuer Straßen, nicht den Straßenerhalt – finden sich im Haushalt 72 Millionen Euro, und ganz stolz erklären der Verkehrsminister und gerade auch der Finanzminister, dass Hendrik Wüst als Verkehrsminister für Fernstraßen-

bau sogar 600 Millionen mehr nach NRW geholt hat, als uns eigentlich zugestanden hat. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von der FDP)

Das ist keine moderne Verkehrspolitik. Diese FDP beklatscht sich gerade dafür, damit eine Absage an moderne Mobilitätspolitik zu erklären.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Aber auch das wundert einen nicht. Jetzt ist Kanzlerkandidat Armin Laschet nicht hier. Aber offensichtlich gibt es da eine große geistige Nähe. Denn allen Ernstes hat Armin Laschet im Kanzler-Triell erklärt, dass es seiner Meinung nach Autos für lebendige Innenstädte bräuchte. Ganz ehrlich: Das ist genauso absurd, als würde ich einen BVB-Fanclub bitten, die Wiederaufstiegsfeier von Schalke 04 zu organisieren. So absurd ist das, was Herr Laschet an dieser Stelle vorträgt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Witzel, es wundert mich, ehrlich gesagt, nicht, dass das auch Ihre Haltung ist.

Die grüne Fraktion hat nicht nur ein eigenes Fahrradgesetz mit klaren Maßnahmen eingebracht, sondern auch einen umfangreichen Antrag vorgelegt, wie Innenstädte Räume der Zukunft werden können. Denn Innenstädte haben schon vor der Coronakrise gelitten, und die Pandemie hat diese Effekte noch verstärkt.

Gleichzeitig haben viele Menschen den öffentlichen Raum als Lebensraum wiederentdeckt. Herr Witzel ist wohl immer noch beim Parken im öffentlichen Raum. Andere Leute begreifen das jetzt mehr als Raum für Begegnungen. Aber da sind die Bedarfe eben offensichtlich unterschiedlich.

(Heiterkeit von Verena Schäffer [GRÜNE] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wenn man den Bedarfen der Menschen nach Begegnung und nach Lebensraum Rechnung tragen will, erfordert das aus unserer Sicht eine andere Planungs- und Stadtentwicklungspolitik. Resiliente Innenstädte brauchen mehr als Parkplätze und Shoppingmöglichkeiten. Aufgrund der Erwartungen, die Menschen an Innenstädte zum Ausdruck bringen, brauchen resiliente Innenstädte ein Miteinander und Nebeneinander von Einzelhandel, Gastronomie, Grünflächen zum Verweilen, Wohnen, Handwerk und Bildung.

Viele Menschen wollen einen öffentlichen Raum, der eben nicht mehr nur zum Parken da ist. Vielmehr wollen sie einen Begegnungsraum. Außerdem wollen sie sichere Mobilitätsräume für alle. Sie wollen, dass Kinder gefahrlos alleine mit dem Fahrrad zur Schule

fahren können. Sie wollen, dass Menschen mit Rollatoren sich eigenständig auf ausreichend breiten Fußwegen bewegen können.

All das sind die Herausforderungen einer modernen Mobilitätspolitik. Über all das haben Sie, ehrlich gesagt, gerade nur gelacht. Ich habe kaum Verständnis für ein solches Gesellschafts- und Mobilitätsbild.

(Beifall von den GRÜNEN)

Für all das braucht es vor allem handlungsfähige Kommunen. Aber von Ihrem hehren Anspruch der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Stadt und Land ist wenig geblieben. Herr Finanzminister, Sie haben hier gerade vorgetragen, wie Sie die Finanzen der Kommunen konsolidiert hätten. Sie sollten vielleicht einmal die Kommunen fragen, ob sie davon etwas mitbekommen haben. Ich fürchte, die Antwort wird Nein sein.

Sie haben sich vielmehr auf den positiven Effekten des „Stärkungspakts Stadtfinanzen“ der Vorgängerregierung ausgeruht und weder eine Nachfolgeregelung für die Stärkungspaktkommunen auf den Weg gebracht noch die Altschuldenproblematik angepackt – und das trotz steter vollmundiger Versprechen. Da ist nichts passiert. Deshalb hängen die Lebensverhältnisse und damit auch die Zukunftschancen in Nordrhein-Westfalen leider weiterhin von der Postleitzahl ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der stellvertretende Ministerpräsident hat gerade gesagt, er höre aufmerksam zu. Als Familienminister kann er jetzt aufmerksam zuhören:

(Heiterkeit von Verena Schäffer [GRÜNE] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

In Düsseldorf beispielsweise sind alle Ü3-Kitajahre beitragsfrei. In Duisburg werden aber bereits ab einem Jahreseinkommen von 15.000 Euro Beiträge fällig.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Wer regiert denn in Duisburg?)

Das führt nicht nur zu einem Flickenteppich, sondern ist auch das Gegenteil von gleichwertigen Lebensverhältnissen und einer Politik der Chancengleichheit.

Sie, Herr Minister, haben es versäumt, diese Ungleichheiten abzubauen, weil Sie sich nämlich nicht durchringen konnten, eine landeseinheitliche Beitragstabelle umzusetzen, die diese sozialen Ungerechtigkeiten aufgrund der Postleitzahlen abgefedert hätte. Auch das ist eine Bilanz dieser Landesregierung – auch wenn Sie sich ausgiebig dafür loben.

(Beifall von den GRÜNEN und Regina Kopp-Herr [SPD])

Die Coronakrise hat diese Ungleichheiten noch weiter verschärft. Während die alten Finanzprobleme der Kommunen ungelöst bleiben, hat Corona bei den Kommunen zu neuen Mindereinnahmen und Mehrausgaben geführt. Die Kommunen – das muss man so deutlich sagen – sind der große Verlierer. Denn was bietet die Landesregierung unter Ministerpräsident Laschet? Hilfen auf Pump und Bilanztricks, aber kein frisches Geld für die Kommunen.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

– Das können Sie alles gleich noch erklären, Herr Kollege Höne.

Trotz aller berechtigten Kritik der kommunalen Spitzenverbände – wir sind auf derselben Veranstaltung gewesen; da ist diese Kritik auch noch einmal vorgetragen worden –

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

bleibt die Landesregierung dabei, dass es 2021 und in den folgenden Jahren keinen Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle für die Kommunen durch Bund und Land geben wird. Mindereinnahmen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs werden nur kreditiert.

Das hat erhebliche Folgen. Es führt Schätzungen zufolge dazu, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen wegen Corona auf 6 Milliarden Euro Mindereinnahmen sitzen bleiben werden. Das werden sie alleine aber nicht stemmen können. Das können sie so nicht verkraften. Das ist übrigens auch ein Hemmschuh für notwendige Investitionen. Es schwächt die Investitionskraft der Kommunen. Außerdem setzt es die Schuldenspirale weiter in Gang; sie wird sich weiterdrehen.

Genau das hat fatale Folgen für die Menschen in unserem Land. Dazu haben Sie gerade keine Antworten gegeben. Sie haben die Kommunen mit diesen Problemen im Regen stehen lassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gleiches gilt für die bilanzielle Isolierung coronabedingter Mehrausgaben aus den kommunalen Haushalten. Das ist schlicht ein Taschenspielertrick. So viel zu der generationengerechten Haushaltspolitik, für die Sie sich so gerne loben! Es ist ein Taschenspielertrick, wenn die Lösung der Landesregierung schlicht darin besteht, die Tilgung coronabedingter Mehrausgaben bzw. Schulden und frischer Kassenkredite einfach auf 50 Jahre auszuweiten: Nach mir die Sintflut! Das können dann unsere Kinder bezahlen. – Das ist ein Taschenspielertrick und auch nicht generationenfest.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese Politik ist kommunalfeindlich und zukunftsfeindlich. In unserem Land darf doch nicht die Postleitzahl darüber entscheiden, ob in Schulen und

Turnhallen der Putz von der Decke rieselt, welche Kitabeträge man zahlt oder ob die Stadtteilbibliothek auch weiterhin geöffnet ist. Es darf auch nicht Glückssache sein, ob ein Bus fährt, die Radwege sicher sind oder das Schwimmbad nicht schließen muss. All das kann nicht der Anspruch sein. Dem Anspruch, den diese Landesregierung immer so blumig formuliert hat, nämlich gleichwertige Lebensverhältnisse für alle zu schaffen, ist sie nicht gerecht geworden.

Es ist auch nicht ausreichend, sich auf den strukturellen Verbesserungen bei den Kosten der Unterkunft auszuruhen. Ja, die Übernahme von 75 % der Kosten der Unterkunft ist eine wichtige Entlastung für die Kommunen. Damit hat der Bund einen Beitrag geleistet – der Bund. Doch das Land bleibt Lösungen für eine strukturelle Verbesserung der kommunalen Finanzlage schuldig.

Sie haben jetzt noch einmal die Chance. Das ist der letzte Haushalt dieser Legislaturperiode. Nutzen Sie diese Chance. Legen Sie jetzt endlich ein Konzept für einen NRW-Altschuldenfonds vor, damit überschuldete Kommunen endlich wieder handlungsfähig werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, es darf kein Zukunfts- oder Lebensrisiko sein, in Nordrhein-Westfalen zu leben. Aktuelle Zahlen zeigen, dass jeder sechste Mensch in Deutschland arm ist. Während die entsprechenden Zahlen im Osten sanken, stiegen sie im Westen der Republik. Traurigerweise stiegen sie in Nordrhein-Westfalen am stärksten. Hier stieg die Armutsquote seit 2006 um 33 % – von 13,9 % auf 18,5 %. Besonders stark betroffen sind Kinder, Alleinerziehende und Ältere – wobei deutlich zu sagen ist, dass Altersarmut weiblich ist.

Wenn Kinder in einem reichen Land in Armut aufwachsen müssen, dann ist das eine Schande.

(Beifall von den GRÜNEN und Regina Kopp-Herr [SPD])

Denn Armut hat weitreichende Folgen für die Entwicklung von Kindern. Armut bedeutet Verzicht, soziale Ausgrenzung, schlechtere Zukunftschancen. Am Ende müssen wir leider auch konstatieren, dass Armut krank macht; sie ist auch ein Gesundheitsrisiko.

Laut Bundesagentur für Arbeit waren 2020 fast 2 Millionen Kinder in Deutschland unter 18 Jahren auf Hartz IV angewiesen. Davon lebten allein 566.000 in Nordrhein-Westfalen.

Ganz ehrlich: Ich kann nicht verstehen, wieso Sie, Herr Minister Laumann, sich im Rahmen der Länderarbeitsgruppe der Sozialministerkonferenz nach wie vor gegen eine Kindergrundsicherung sperren. Das ist schlecht für die Kinder in Nordrhein-Westfalen. Setzen Sie sich mit dafür ein, dass das den Kindern

in Nordrhein-Westfalen zugutekommt. Wir brauchen endlich eine Kindergrundsicherung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Coronakrise hat auch die Bildungsgerechtigkeit in unserem Land noch einmal offener zutage treten lassen und gezeigt, wie weit wir eigentlich von Rahmenbedingungen für eine Schule im 21. Jahrhundert entfernt sind. Unsere Schulen sind nach wie vor in der Kreidezeit. Es ist gerade noch einmal herausdestilliert worden, dass nur 12 % der Schulen in NRW über einen Glasfaseranschluss verfügen. Digitalisierung first, Landesregierung second, immer drei Schritte hinterher –

(Zurufe von der FDP)

das scheint leider die Wahrheit zu sein bei der ...

(Zuruf von der FDP)

– Oh, die Digitalisierungspartei ist gerade aufgewacht. Herzlich willkommen bei dieser Debatte.

(Dietmar Brockes [FDP]: Weil Sie hier falsche Zahlen verbreiten!)

Ihr Fraktionsvorsitzender hat ja gleich die Gelegenheit, das richtigzustellen. Vielleicht hat er ja mal ein Redemanuskript dabei, anhand dessen er darauf reagieren kann.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP – Glocke)

– Es ist ja gut.

(Zurufe von der FDP)

– Sie können das schon richtigstellen. Die Möglichkeit besteht. Ihr Fraktionsvorsitzender spricht ja gleich.

(Dietmar Brockes [FDP]: Dafür reicht die Zeit gar nicht aus!)

Kommen wir aber noch ganz kurz auf die anderen Schimären, die Sie im Bildungsbereich aufgebaut haben.

Die Talentschulen sind vorhin schon wieder angesprochen worden: 60 Talentschulen bei 5.000 Schulen in Nordrhein-Westfalen. Bei diesem Leuchtturmprojekt, das der Bildungsgerechtigkeit im Land zugutekommen soll,

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

müssen die 60 Talentschulen ja schon eine gewaltige Strahlkraft aufbieten, damit alle 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler etwas von dieser Maßnahme haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralph Bombis [FDP]: Wie bei Ihnen?)

Sie haben keine Konzepte vorgelegt, wie Bildungsgerechtigkeit nicht nur 60 Talentschulen oder anderen ausgewählten Leuchtturmprojekten,

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

sondern allen Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen zugutekommen kann.

(Zurufe von der FDP)

Auch die Frage nach Wertschätzung – das ist der Aspekt, den ich zum Abschluss nennen möchte, weil das vorhin so vorgetragen wurde ...

Präsident André Kuper: Frau Kollegin, die Redezeit ist deutlich überschritten.

(Dietmar Brockes [FDP]: Schluss, bitte!)

Josefine Paul* (GRÜNE): Die Frage nach Wertschätzung spiegelt sich auch bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst wider. Sie haben die Anpassung an A13 für die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer lange versprochen, sie aber immer noch nicht umgesetzt. Versprochen, gebrochen – das ist Ihre Form der Wertschätzung auch für den öffentlichen Dienst. Das ist, wie ich finde, eine bittere Nachricht und eine bittere Bilanz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Paul. – Für die FDP spricht der Fraktionsvorsitzende Rasche.

Christof Rasche* (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vier Jahre NRW-Koalition: vier Jahre Politikwechsel, vier Jahre Modernisierung, immer fair, immer verlässlich – das sind die Merkmale der NRW-Koalition. Das ist gut für Nordrhein Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es war zu erwarten, dass SPD und Grüne heute ein Zerrbild von Nordrhein-Westfalen malen. Mit einem Satz hatte Thomas Kutschaty recht: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen es besser. – Das ist in der Tat, auch genau bei diesem Punkt, der Fall. Sie haben es wenigstens noch ruhig und sachlich im Ton gemacht. Das habe ich bei der letzten Rede vermisst.

Koalitionen und ebenso Regierungen werben – so ist das bei Haushaltsdebatten immer – in den Lesungen des Haushalts, auch schon bei der ersten Lesung, für ihre politischen Schwerpunkte, für ihre grundsätzlichen politischen Positionen. Das gilt für alle Regierungen und für alle Koalitionen.

So war es auch 2010 bis 2017 bei SPD und Grünen. Die Themen seinerzeit waren Bildung, Kitas, Umwelt, ländlicher Raum, innere Sicherheit, Verkehr, Digitalisierung, Finanzpolitik und Wirtschaft. Im Klartext, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben SPD und Grüne sieben Jahre lang für ihre Politik geworben und diese Politik in den Haushaltsdebatten vertreten.

Erinnern wir uns noch einmal kurz daran. Sie haben G8 und das Aus unglaublich vieler Förderschulen vertreten. Schreiben nach Hören war Klasse. Die Existenznöte der Kitas wurden unterdrückt. Entwicklungschancen für den ländlichen Raum wurden massiv aufgebaut. Die Digitalisierung – auch dafür haben Sie geworben – war am Ende erbärmlich. Sport und Ehrenamt haben sich beschwert; denn sie wurden vernachlässigt. Jedes Jahr, Jahr für Jahr, von 2010 an, wurden neue Schulden gemacht –

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

und das trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklungen und ohne weltweite Finanz- oder andere Krisen.

Außerdem haben Sie für Wirtschaftspolitik geworben. Das kann man sich besonders auf der Zunge zergehen lassen; denn Verkehrsminister und Wirtschaftsminister beklagten öffentlich, auch hier am Rednerpult, eine Durchgrünung des Landes. Brutaler kann man den eigenen Koalitionspartner nicht kritisieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nach all diesen Haushaltsdebatten wurden Sie dann im Mai 2017 abgewählt. Die Bürger hatten – so hört man es auch im Nachhinein – viele Probleme mit den Positionen der Grünen, und zwar nicht nur in der Schulpolitik, sondern auch in der Politik für den ländlichen Raum und in der Wirtschaftspolitik.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Oh Gott!)

Deshalb machten die Menschen 2017 die FDP stärker als die Grünen. Das haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen ganz bewusst getan.

(Beifall von der FDP und der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Mittlerweile finden sie, dass das ein Fehler war!)

Das war seinerzeit übrigens mit einem Rekordergebnis für die FDP der Fall.

Glauben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, denn wirklich, diese Bürger, die sich 2017 klar entschieden haben, wollten nächstes Jahr SPD und Grüne – mit all diesem Streit, mit all diesem Chaos – zurück?

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ja, das könnte ich mir nach Ihrer Bilanz gut vorstellen!)

Ich sage Ihnen: Freuen Sie sich nicht zu früh auf der Grundlage temporärer Umfragen. Die Bürger in

Nordrhein-Westfalen – das erlebe ich ganz deutlich; ich vermute, Sie selbst auch –

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

sind dankbar für den Politikwechsel, der in Nordrhein-Westfalen stattgefunden hat. Sie sind dankbar für den Modernisierungskurs dieser Regierung und für die Stabilität, die diese NRW-Koalition von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen ausstrahlt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Genau diese Merkmale – Politikwechsel, Modernisierungskurs und Stabilität – wären auch für Berlin gut. Auch in Berlin ist ein Politikwechsel notwendig. Die Modernisierung ist notwendig, und eine Zusammenarbeit geprägt von Fairness und Verlässlichkeit steht jeder Koalition in Berlin gut. Hier in Nordrhein-Westfalen machen wir es vor. Das wäre der richtige Weg in Berlin. Wir sind gespannt, was sich in Berlin tun wird. Alle Reden haben sich mit der Bundestagswahl, die in zweieinhalb Wochen stattfinden wird, beschäftigt – mal mehr und mal weniger.

Bei der Bundestagswahl geht es um die gleiche Frage wie bei der Landtagswahl 2017. Was ist für einen Politikwechsel notwendig? Wer wird stärker, Grüne oder FDP? Es wird sich in zweieinhalb Wochen zeigen.

Bleiben wir in Nordrhein-Westfalen. Wir haben eine schwarze Null, einen Haushalt ohne Kreditaufnahme und mit Rekordinvestitionen; Finanzminister Lutz Lienenkämper hat es gesagt. Zuvor hatten wir Haushalte – lockere 45 Jahre – mit Kreditaufnahmen unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung und mit überschaubaren Investitionen.

Die Haushaltswende kam durch diese Koalition im Jahr 2018, erstmals mit Lutz Lienenkämper als Finanzminister: ein Haushalt, der keine Kreditaufnahme vorgesehen hat. Was für ein Politikwechsel nach 45 Jahren durch diese Koalition! Herzlichen Dank dafür.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Übrigens haben wir diese schwarze Null 2018 und in den Folgejahren ohne einen Aufruf, die Nachbarn zu beobachten, erreicht. In einer Welt, in der ich morgens mit dem Gefühl aufwache, dass der Staat dazu aufruft, dass Nachbarn mich beobachten, wie das jetzt in Baden-Württemberg passiert ist, möchte ich nicht leben –

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

nicht hier in Düsseldorf, nicht in Nordrhein-Westfalen, nicht in Berlin und nicht in Deutschland.

Stichwort „Sondervermögen“: Wir haben in dieser Pandemie extrem hohe Herausforderungen. Wir benötigen ganz besondere politische Lösungen. Natürlich betrifft das auch den finanzpolitischen Bereich.

Ich halte es für richtig, dass man die finanzpolitischen Folgen dieser Pandemie zunächst isoliert, aber dann natürlich – und das auch möglichst schnell – aus dem laufenden Haushalt tilgt. Das halte ich für eine rationale, absolut vernünftige Politik. Volle Unterstützung für den Finanzminister! Das ist auch die Position dieser Koalition.

Stichwort „Investitionen“: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Investitionen sind auf einem Rekordniveau – davon hätten wir vor Jahren noch geträumt –: 57 % höhere Investitionen in absoluten Beträgen als im Haushaltsjahr 2016. Das war das letzte Haushaltsjahr, das alleine von der SPD und den Grünen verantwortet wurde. Wir verzeichnen einen Anstieg der Investitionsquote seit dem Haushaltsjahr 2016 um 25 %.

Bodo Löttgen hat das gerade auch erklärt. In Nordrhein-Westfalen wird endlich wieder investiert. Das ist unbestritten und geht als Faktum aus dem Haushalt, aus den Zahlen, hervor.

Im Haushalt geht es uns um liberale Nachhaltigkeit. Ich habe in einigen Plenarsitzungen hier am Rednerpult schon davon gesprochen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich bin einmal gespannt, was das heißt!)

Diese liberale Nachhaltigkeit hat für uns drei Elemente: Erhalt von sozialen Standards, Erhalt von Arbeitsplätzen und selbstverständlich Klimaschutz.

Wir alle wollen Klimaschutz. Wir, alle Fraktionen, haben es auch schon öfter gesagt. Das ist längst kein Alleinstellungsmerkmal irgendeiner einzelnen Partei mehr. Alle demokratischen Fraktionen hier im Hohen Haus sind für Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland.

Aber in Bezug auf den Klimawandel reicht Klimaschutz alleine in Nordrhein-Westfalen nicht aus. Wir brauchen globalen Klimaschutz, um unsere Klimaziele wirklich zu erreichen.

Wenn wir – wir in Nordrhein-Westfalen und wir in Deutschland – der Welt beweisen, dass Klimaschutz mit dem Erhalt der sozialen Standards und mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen möglich ist, wird uns die Welt folgen. Liefern wir diesen Beweis nicht, wird uns die Welt nicht folgen. Dann hätten wir dem Klimaschutz einen Bärendienst erwiesen.

Wir brauchen also die nötige Balance zwischen diesen drei Positionen. Eine reine Konzentration nur auf Klimaschutzpolitik, wie es die Grünen in der Regel machen, wird weltweit niemals zum Klimaschutz, den wir uns alle so sehr wünschen, führen können.

Beginnen wir einmal mit dem Thema „Nachhaltigkeit“; denn die Nachhaltigkeit zieht sich wie ein roter Faden durch den Haushalt dieser Landesregierung.

Der erste Aspekt, der Erhalt der sozialen Standards, umfasst fünf Punkte.

Erster Punkt: Bildung und KITAS. Das sind Investitionen für die Zukunft in Kinder, in Bildung, in Forschung und in Investitionen. Sie betragen in Summe fast 50 % des gesamten Haushalts, nämlich 39,9 Milliarden Euro, also 10 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2016.

Die Investitionen für die Schule liegen mit Schulministerin Yvonne Gebauer um 24 % höher als 2016.

Gigabitanschlüsse – Josefine Paul hat eben davon gesprochen – hatten 2018 15 % der Schulen. Heute sind es 68 %. Wenn das keine Steigerung ist, was denn dann?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der FDP)

Auch da haben Sie, wie es Ihre Art ist, hier ein völliges Zerrbild über Nordrhein-Westfalen und leider auch über seine Menschen beschrieben.

Unser Ziel ist es, Ende 2022 alle 5.400 Schulen an ein gigabitfähiges Internet anzuschließen.

Die Ausgaben für frühkindliche Bildung im Jahr 2022 betragen 4,357 Milliarden Euro. Im Vergleich zu 2016 ist das ein Plus von 1,8 Milliarden Euro, also prozentual ein Plus von 70,7 %. Das ist ein radikaler Politikwechsel für die Jüngsten, für die Kinder, in unserem Land. Es ist hervorragend, was die NRW-Koalition leistet.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Herzlichen Dank an Joachim Stamp als stellvertretenden Ministerpräsidenten und für diesen Bereich Zuständigen!

Thomas Kutschaty hat gerade behauptet, er beschreibe die Realität in diesem Land. Ich habe schon einzelne Punkte genannt, und es werden noch einige folgen. Herr Kutschaty, was Sie hier beschrieben haben, war mindestens extrem einseitig und hatte unter dem Strich mit der Realität in Nordrhein-Westfalen nichts zu tun.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zweiter Punkt: Ehrenamt und Sport. Da geht es um die verlässliche Finanzierung von Ehrenamt und Sport. Wir haben die Summe für die Destinatäre deutlich auf 100 Millionen Euro erhöht. Wir haben mit ihnen gesprochen und verhandelt. Am Ende waren alle Beteiligten aus Ehrenamt und Sport von dieser Erhöhung auf 100 Millionen Euro begeistert. Sie hatten überhaupt nicht damit gerechnet. So etwas hatten sie nämlich bei Vorgängerregierungen nie erhalten – vor allem nicht bei Ihnen, lieber Herr Kutschaty.

Wir sind also ein verlässlicher Partner von Sport und Ehrenamt. In diesem Haushalt stellen wir jetzt noch weitere 53 Millionen Euro für sportliche Veranstaltungen zur Verfügung.

(Beifall von Stephen Paul [FDP])

Ich sage Ihnen voller Überzeugung: Selten gab es ein so gutes Verhältnis zwischen einer Koalition auf der einen Seite und Sport und Ehrenamt auf der anderen Seite wie bei diesem Haushalt und dieser Koalition.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dritter Punkt: Wohnen. Das hat Thomas Kutschaty zu Recht angesprochen, weil Wohnen in Nordrhein-Westfalen, aber auch in ganz Deutschland völlig unabhängig von der Farbe der Regierung ein riesengroßes Problem ist. Nachfrage und Angebot klaffen einfach auseinander. In der Regel führt das dann zu ziemlich erhöhten Mieten.

Deswegen wollen wir einen Gleichstand zwischen Angebot und Nachfrage. Dann reduzieren sich Mieten auf einem ganz normalen marktwirtschaftlichen Weg auf ein verträgliches Niveau – ohne Enteignung, ohne Zwangsmiete, ohne eine Festlegung, wie Sie sie vielleicht wollen und in einigen Ländern umsetzen ohne die Kriterien einer sozialen Marktwirtschaft.

Wir sagen einfach: Wir müssen mehr bauen. Da haben wir noch einiges vor uns. Das gebe ich gerne zu. Wir haben die Rahmenbedingungen für das Bauen wesentlich vereinfacht. Die Wohnraumförderung liegt bei 1,1 Milliarden Euro. In früheren Jahren hätten wir davon geträumt. Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Da gibt es noch eine Menge zu tun. Aber wir haben wenigstens die Schritte eingeleitet, um das Bauen einfacher zu machen und wesentlich zu fördern.

Natürlich gehört zum Bauen auch dazu, dass man Wohnbaugrundstücke zur Verfügung stellt. Wenn man wie in Köln mit grüner Politik das Ziel hat, keinen zusätzlichen Quadratmeter auszuweisen, dann führt das dazu, dass nicht die Wohnungen gebaut werden können, die wir zwingend brauchen. Dies führt automatisch zu hohen Mieten, und es ist darüber hinaus sozial überaus ungerecht.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist eine Politik für reiche Leute. Manche Leute in Köln können sich das leisten, der normale Mensch kann es nicht.

Ich komme zum vierten Punkt im Bereich der sozialen Standards: zu den Kommunen. Wenn ich mit den Vertretern von Landkreistag und Städte- und Gemeindebund spreche – wir alle reden mit denen –, sagen diese: Es gab selten ein so gutes Verhältnis

zu einer Regierung wie zu dieser. Wir sind ein sehr verlässlicher Partner.

Zur Wahrheit gehört natürlich dazu – lasst uns an diesem Redepult doch bitte öfter mal ehrlich sein –: Wir können nicht alle Wünsche erfüllen. Und dass die kommunalen Spitzenverbände noch weitere Wünsche haben, ist doch logisch und verständlich. Aber unter dem Strich sehen sie uns als sehr verlässlichen Partner, der die kommunale Familie fair und verlässlich bedient. Das werden wir auch weiterhin tun.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben im Bereich des KAG für eine gerechte Lösung gesorgt. SPD und Grüne waren hier nie überhaupt zu einer Lösung bereit. Wir haben die Gewerbesteuerausfälle zum Ende des letzten Jahres ziemlich großzügig ausgeglichen. Viele Kommunen waren völlig überrascht, welche Großzügigkeit wir an den Tag gelegt haben. In vielen Kommunen hat das beim Haushaltsabschluss sogar zu Überschüssen geführt.

Wir haben den Kommunal-Soli abgeschafft. Mir haben zahlreiche Kommunalpolitiker und Kämmerer die Situation damals unter Ihnen geschildert: Da wurden Kommunen vermeintlich reich gerechnet und mussten einen gar nicht unerheblichen Kommunal-Soli zahlen, obwohl sie sich selbst in einem Haushaltssicherungskonzept befanden.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie waren selbst in einem Haushaltssicherungskonzept und mussten zum Beispiel in Kommunen wie Essen – wo Sie nicht zum Oberbürgermeister gewählt wurden – Geld hineinpumpen, weil man dort über die Verhältnisse gelebt hat. Dafür mussten Kredite aufgenommen werden. Was für eine völlig irrsinnige Finanzpolitik zulasten der kommunalen Familie!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn wir schon von den Kommunen reden: Die Verbundmasse lag bei 23 %. Da gab es von links und von rechts immer wieder Eingriffe von der Seite. Und am Ende kamen diese 23 % bei den Kommunen nicht mehr an. Diese NRW-Koalition, diese Regierung hat für Gerechtigkeit gesorgt – auch mit Ina Scharrenbach als zuständige Ministerin; herzlichen Dank dafür! – und die Verbundmasse in Höhe von 23 % den Kommunen gegeben. Solange wir das Sagen haben, geschieht dies auch garantiert. Das ist Verlässlichkeit gegenüber der kommunalen Familie.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der fünfte Punkt bei den sozialen Standards lautet: Wir stärken auch in diesem Haushalt wieder die Polizei, sowohl personell als auch technisch. 95 Millionen Euro zusätzlich werden dafür zur Verfügung gestellt. Wir haben die Zahl der Einstellungen bei der Polizei deutlich erhöht.

Ich will daran erinnern, wie es einmal war. In der Zeit von Rot-Grün von 2000 bis 2005 wurde die Zahl der Neueinstellungen auf 500 reduziert. In 2008/2009 haben wir sie auf 1.000 erhöht. In den Folgejahren – auch unter Ralf Jäger – wurde sie auf 1.400 und 1.900 erhöht, und unter Herbert Reul, der als Innenminister einen sehr, sehr guten Job macht, haben wir mit den Beschlüssen der NRW-Koalition auf 2.600 Stellen erhöht. Gegenüber dem Jahr 2004 ist das ein großer Sprung: 500 Stellen unter SPD und Grünen, 2.600 bei CDU und FDP.

Ich habe schon in vielen Bereichen von einem radikalen Politikwechsel gesprochen. Hier ist er definitiv festzustellen – für die Menschen in diesem Land und für die Polizei.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Bei dieser Koalition gibt es Respekt und Anerkennung für die Polizei. Wir haben ein Polizeigesetz geschaffen – inhaltlich und in der Abstimmung auch mit wertvoller Unterstützung der SPD –, welches die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit bietet. Und wenn ich von Respekt und Anerkennung für die Polizei spreche, sage ich auch ganz deutlich: Wir akzeptieren es nicht – egal, wo in Nordrhein-Westfalen –, wenn Polizistinnen und Polizisten mit Fäkalien beworfen werden. Das ist ein Unding, und das dürfen wir in unserem Land nicht zulassen.

(Beifall von der FDP, der CDU und Thomas Kutschaty [SPD])

Wir dürfen das – das geht an die Adresse der Grünen – auch nicht schönreden.

Ich komme zum zweiten Bereich: liberale Nachhaltigkeit. Hier geht es um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Dazu möchte ich Aussagen zu zwei Punkten machen.

Wir fördern mit diesem Haushalt die freien Berufe und den Mittelstand mit 750.000 Euro für digitale Transformation und für Innovation. Wir bringen aktuell mit Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart die Entfesselungspakete VII und VIII auf den Weg.

Dank erhalten wir vom Mittelstand – das ist klar –, aber auch von Gewerkschaften und Betriebsräten. Insbesondere gilt dies für die Betriebsräte, weil sie diese Bürokratisierung leid waren. Was Grüne und SPD vorher geschaffen haben, haben wir abgeschafft. Ich bin dankbar über Rat und Tat der Betriebsräte.

Wir haben auch in der Coronazeit Perspektiven für den Einzelhandel, für die Industrie, für die Gastronomie, für Schausteller, für Veranstalter geschaffen. Daran haben wir immer wieder gearbeitet – gegen Lauterbach, gegen Scholz und insbesondere gegen die Position der Grünen.

Der zweite Aspekt beim Thema „Erhalt von Arbeitsplätzen“ betrifft die Digitalisierung. Nordrhein-West-

falen hat ein Digitalministerium. Das haben wir 2017 auch schon im Bund gefordert. Jetzt hinken uns einige hinterher und fordern es im Bund ebenfalls. Das ist auch notwendig.

Wir haben die digitale Infrastruktur mit Gigabit und Glasfaser deutlich ausgebaut. Im Jahre 2018 – da wurde es zum ersten Mal erhoben – war jeder zehnte Haushalt angeschlossen. Inzwischen sind es zwei Drittel der Haushalte. Auch da gab es also einen radikalen und positiven Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen.

Und: Nordrhein-Westfalen liegt beim Breitbandausbau und bei der wirtschaftlichen Entwicklung über dem Bundesdurchschnitt. Beides war und wäre unter Rot-Grün unmöglich.

Der dritte Punkt zur liberalen Nachhaltigkeit ist der Klimaschutz. Der ist – ich sage es noch mal – uns allen wichtig. Er ist ein Kernthema von Umweltministerin Ursula Heinen-Esser, und da ist sie auch aus unserer Sicht auf dem richtigen Kurs. Seit 2017 haben wir die Haushaltsmittel für Klimaschutz versiebenfacht und im Haushalt 2022 auf 348 Millionen Euro erhöht.

Rot-grüne Klimaschutzziele – Sie wissen das – wurden weit übertroffen. Sie haben 2013 das Ziel für 2030 ausgesprochen: minus 25 %. – Das haben wir längst erreicht. Wir haben jetzt für den gleichen Zeitraum das Ziel minus 65 % ausgesprochen.

Treibhausgasemissionen: um 45 % gesenkt – Baden-Württemberg gerade mal um 26 %. Unser Ziel: 2040 um 88 %, 2045 klimaneutral. Wir setzen dabei auf Innovationen statt auf Verbote.

Zweiter Punkt neben Umwelt im Bereich Klimaschutz ist die Energie. Nordrhein-Westfalen ist Energieland Nummer eins, und so soll es bleiben. Wir, die NRW-Koalition, stehen für Versorgungssicherheit und für Bezahlbarkeit und sind im Umweltschutz trotzdem besser als SPD und Grüne davor – wieder mit Minister Andreas Pinkwart.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Auch bei erneuerbaren Energien ist doch die Wahrheit etwas anders, als Sie sie schildern. Im Ländervergleich liegt Nordrhein-Westfalen in allen Bereichen der erneuerbaren Energie in der Spitzengruppe, bei Windenergie 2022 auf Platz eins.

Wenn Sie sagen, Herr Kutschaty, das sei noch nicht genug, bin ich bei Ihnen. Da müssen wir noch besser werden. Dafür müssen wir auch arbeiten. Aber wenn wir doch im Vergleich mit 15 anderen Bundesländern die Nummer eins sind – die Nummer eins! –, können Sie das doch nicht allen Ernstes schlechtreden. Unser Ziel ist: Im Jahre 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien auf 50 % steigen.

Auch beim Ausstieg aus der Braunkohle gehen wir voran. Wir werden das in Nordrhein-Westfalen bis 2029 schaffen. Damit reduzieren wir den Ausstoß um 1,6 Milliarden Tonnen. Die Ziele von SPD und Grünen waren 400 Millionen Tonnen.

Nordrhein-Westfalen ist Wasserstoffregion Nummer eins. Auch das hat etwas mit Energie und mit Klimaschutz zu tun, und auch da setzen wir auf Innovationen.

Klimaschutz – ich sage es noch mal – war vielleicht mal ein Alleinstellungsmerkmal der Grünen. Jetzt – und das steht fest; also „vielleicht“ streichen – sind CDU und FDP besser, als die Grünen es in diesem Bereich jemals waren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der dritte Punkt bei Klimaschutz – neben Umwelt und Energie – ist der Bereich Verkehr. Diese Koalition setzt auf alle Verkehrsträger, gemeinsam mit Verkehrsminister Hendrik Wüst.

In der Tat stimmt es – das war gerade eben ein Diskussionspunkt –: Bei uns hat es geklappt mit dem Mittelabruf der Beträge für den Straßenbau, gerade für Autobahnen und Bundesstraßen. Wir haben sämtliche Mittel abgerufen, die uns Berlin zur Verfügung stellt, und wir haben sogar, weil andere Länder nicht genügend verbaut haben, weitere 580 Millionen Euro noch zusätzlich abgerufen.

Wir kennen die Bilanz von Rot-Grün. Das war zwar unter Verkehrsminister Mike Groschek, aber er war es ja nicht schuld, sondern es lag am Koalitionspartner, an den Grünen, und der Durchgrünung. Er war nicht in der Lage, in jedem Jahr die Mittel abzurufen, sondern hat Millionenbeträge für Nordrhein-Westfalen verschenkt.

Die Position von Josefine Paul müssen sich viele Menschen in Nordrhein-Westfalen auf der Zunge zergehen lassen. Ich kenne unglaublich viele Kommunen, die davon träumen, dass gewisse Autobahn-lückenschlüsse – übrigens mit einem sehr hohen Verkehrswert – endlich mal gemacht werden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es gibt auch noch unglaublich viele Kommunen, die von Umgehungsstraßen träumen, damit die Menschen in ihrer eigenen Stadt, in ihrem eigenen Dorf wieder vernünftig atmen können, damit gesunde Luft in diesen Dörfern und Städten ist.

Die Aussage von Josefine Paul war klar:

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Kommen die Grünen in Verantwortung, werden die Mittel aus Berlin nicht mehr abgerufen, und wir können Autobahn-lückenschlüsse und Umgehungsstraßen in Nordrhein-Westfalen vergessen. Das ist die Politik der Grünen. Die wollen wir nicht. Ich bin mir

sicher, die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen das auch nicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zum Schienenverkehr. Ich erinnere an das Milliardenprojekt „Westtangente Köln“ mit einem Riesenaufwand – gut 900 Millionen – des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ich erinnere an die Rettung der Stadtbahnen. Auch hier stellen wir eine Milliarde zur Verfügung, weil die Kommunen das gar nicht alleine hätten wuppen können. Die brauchten die Unterstützung des Landes.

Wir tun also etwas für die Schiene und reden nicht nur darüber, so wie es Bodo Löttgen eben gesagt hat: zusätzliche 34 Millionen für einen modernen ÖPNV.

Dann haben wir noch den Bereich NE-Bahnen, nicht-bundeseigene Bahnen. Da stocken wir jetzt von 7 auf 12 Millionen Euro auf. Das tut dieser Infrastruktur der NE-Bahnen richtig gut.

Ich will daran erinnern: Die Unterstützung der NE-Bahnen gab es bei SPD und Grünen nie, weder vor 2005 noch zwischen 2010 und 2017. Ein weiterer radikaler Politikwechsel – das muss man sich wieder auf der Zunge zergehen lassen – für Schienenverkehr in Nordrhein-Westfalen.

Eben erteilte uns der Vorwurf, wir würden uns besonders für den Straßenverkehr einsetzen. Falsch! Wir setzen uns hier maßgeblich – ich habe vier Beispiele genannt – für Schienenverkehr ein, dort, wo es Rot-Grün vorher nie getan hat.

Dann kommen wir zu den Radwegen. Wenn einer ein Lastenrad fahren will, soll er das tun – es lebe die Freiheit. Ich weiß nicht, ob wir die Probleme im Güterverkehr damit lösen. Aber Tatsache ist doch: Nie hat eine Regierung so viel Geld für Radwege ausgegeben und so viele Radwege gebaut wie diese Regierung aus CDU und FDP.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das waren drei Überschriften zur liberalen Nachhaltigkeit.

Ich komme zum Schluss. Welchen Politikwechsel hat die NRW-Koalition mit diesem Haushalt und mit den vergangenen Haushalten erreicht? Ich will noch mal ein paar Punkte aufzählen:

- G9 eingeführt.
- Förderschulen gerettet.
- 60 Talentschulen gebildet.
- Schreiben nach Hören abgeschafft.
- Kitas gerettet.
- Dem ländlichen Raum wieder eine Zukunft gegeben.

- Endlich ein Plan und Zukunft für die Digitalisierung.
- Dem Sport und dem Ehrenamt Sicherheit gegeben.
- Seriöse Finanzpolitik eingeführt.
- Rekordbeträge für Verkehr und Radwege.
- Und eine Wirtschaftspolitik, die auf Entfesselung setzt und Schluss gemacht hat mit einer Durchgrünung dieses Landes, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vier Jahre NRW-Koalition, vier Jahre Politikwechsel, vier Jahre Modernisierung – immer fair, immer verlässlich, gut für Nordrhein-Westfalen und auch ein gutes Modell für Berlin. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die AfD spricht ihr Fraktionsvorsitzender Wagner.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Diese Haushaltsdebatte ist eine besondere. Was Armin Laschet, was CDU und FDP hier heute abgeliefert haben, ist ein finanzpolitisches Debakel und der Abgesang auf den ehemaligen Ruf im Volk, CDU und FDP könnten mit Geld umgehen. Sie können es nicht mehr.

Und dann ist Armin Laschet noch nicht einmal da. 87,5 Milliarden Euro Steuergelder, und Herr Laschet verdrückt sich nach Paris, anstatt hier, wie es seine Pflicht wäre, Rede und Antwort zu stehen. Da passt tatsächlich alles zusammen, aber im Schlechten.

(Beifall von der AfD)

„NRW ist so tief in den Miesen wie noch nie“, titelt der WDR. Die SPD spricht von Taschenspielertricks, und mit Taschenspielertricks kennen sich die Sozis ja auch aus. Der unabhängige Landesrechnungshof spricht zu Recht von „beispielloser Neuverschuldung“, ja sogar von „Irreführung“ der Bürger. Bürgerliche Menschen haben früher auch vor allem deshalb CDU und FDP gewählt, weil man glaube, die können Haushalt, die können Wirtschaft und Finanzen.

Das ist vorbei: Rekordverschuldung, unerreichbare Zielsetzungen und Irreführung – so urteilt, man muss sagen, verurteilt der Landesrechnungshof das Chaos der schwarz-gelben Landesregierung. Ich zitiere den WDR hier gerne noch einmal, weil es so trefflich fein war:

„In ihrer Jahresbilanz verglich LRH-Präsidentin Brigitte Mandt am Dienstag das Gebaren des Finanzministers sogar mit einem Kind, das im

Supermarkt den Korb voller Süßigkeiten packt, bis ihm ein mahnender Erwachsener erklären muss, dass das Geld im Portemonnaie gar nicht reicht, um all die Verlockungen zu kaufen.“

Erwachsene Männer in Anzug, Krawatte, frisch geföhnt, aber in Sachen Finanzen nicht besser als kleine Kinder? Da sollten Sie wirklich im Boden versinken, und zwar vor Scham.

Die von mir sehr geschätzte Präsidentin des Landesrechnungshofs, Frau Professorin Mandt, muss Ihre wegen gar eine Rekordverschuldung für NRW konstatieren: 155 Milliarden Euro. So tief in den Miesen hat das Land noch nie zuvor gesteckt. Allein im Jahre 2020 sei eine – Zitat –

„beispiellose Nettoneuverschuldung‘ von rund 11 Milliarden Euro hinzugekommen. Zudem sei kein realistischer Plan erkennbar ist, wie dieser riesige Schuldenberg in einigermaßen absehbarer Zeit getilgt werden soll, ohne damit mehrere künftige Generationen zu belasten.“

So berichtet der WDR. – Aber Armin Laschet und sein Finanzminister faseln von Schuldenfreiheit. Es ist an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten, wie Sie die Menschen hier hinters Licht führen. Glauben Sie wirklich, das Volk ist so doof? Glauben Sie etwa, der Rechnungshof, die AfD oder der Bund der Steuerzahler kommen Ihnen dabei nicht auf die Schliche?

Die letzte Landesregierung aus Rot und Grün legte am laufenden Band Haushalte vor, die gerichtsnotorisch als verfassungswidrig kassiert wurden. Das war schlimm genug. Und nun haben wir eine schwarzgelbe Landesregierung, die es auch nicht hinkommt. Wen soll der Bürger bei dieser Faktenlage überhaupt noch wählen?

Die Landesregierung führt einfach zwei Haushaltsbücher gleichzeitig und verschiebt dabei Schulden, Ausgaben und Einnahmen so hin und her. Am Ende legt sie eines der beiden Bücher vor und sagt: Seht nur, wir sind schuldenfrei. – Manchmal komme ich mir nicht mehr vor wie in Nordrhein-Westfalen, sondern wie in Griechenland oder in Burkina Faso.

(Beifall von der AfD)

Unsere Qualität, unser Stil, die Kompetenz, der Ruf in der Welt, das, wofür Deutschland einmal stand – Sie schaffen es ab. Und wer wie wir dagegen ist, wer sich gegen diesen Verfall der Sitten, den Verfall der Infrastruktur, den Verfall unseres Landes auflehnt, der ist Nazi, Rechtspopulist oder sonst irgendein Quatsch. Ihr Motto lautet nach wie vor: Totschlagvorkabeln statt Problemlösungen.

Die FDP in dieser Landesregierung, also die FDP, die nun am liebsten den Bundesfinanzminister stellen möchte, diese FDP, die so tut, als könne sie in einer möglichen rot-grün-gelben Ampel im Bund Olaf Scholz und Frau Baerbock am übermäßigen Geld-

ausgeben hindern, diese FDP hat in ihrer Regierungszeit gemeinsam mit der CDU von 155 Milliarden Euro Schulden ganze 572 Millionen Euro getilgt. Das „F“ in FDP steht für „Fake“.

(Beifall von der AfD)

Ein paar Instagram-Stories von Lindner und Talkshow-Auftritte von Kubicki – das ist der schöne Schein. Aber wenn man hier ins Parlament sieht, ob bei Corona, Migration oder der Haushaltsvorlage: Die Wirklichkeit sieht anders aus, ganz anders. 572 Millionen Euro von 155 Milliarden Euro – um das besser zu verstehen, müssen Sie nur ein paar Nullen streichen.

Stellen Sie sich mal vor, ein Familienmitglied oder ein Freund von Ihnen bittet sie darum, ihm Geld zu leihen. Er braucht 1.550 Euro. Jetzt stellen Sie sich vor, dieser Freund ist Mitglied der CDU oder der FDP. Wissen Sie, was er Ihnen auf die anderthalbtausend Euro in fünf Jahren zurückzahlt? 572 Cent – 5,72 Euro! Das ist, ins Private übertragen, die Politik dieser Landesregierung. Und das Schlimme daran: Mit SPD und Grünen bekommen Sie sogar noch weniger zurück, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Wir haben es mit einer politischen Klasse zu tun, die überwiegend keine Lust mehr hat, solide, vernünftig und vorausschauend zu gestalten, sondern oft nur noch Lust auf Machtpöstchen, Dienstwagen und Diäten hat. Das hat unser Land unser nicht verdient, das haben unsere Bürger nicht verdient, und vor allem können wir uns das gar nicht mehr leisten.

Die Abzahlung des 25-Milliarden-Coronaschattenhaushalts setzen Sie auf unfassbare 50 Jahre an, mit einer angeblichen Tilgung von über einer halben Milliarde Euro pro Jahr für unsere Kinder und Enkel. Aber nicht einmal das ist die ungeschminkte Wahrheit. Eine halbe Milliarde Euro hat Nordrhein-Westfalen zuletzt einmal, nämlich 2018, zurückzahlen können. Jeder hier weiß das, Sie wissen das. Das ist einfach nur unseriös, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Jedes Jahr sagen wir Ihnen dasselbe, sagt Ihnen der Landesrechnungshof dasselbe, sagt Ihnen der Bund der Steuerzahler dasselbe. Ihre Reaktion: Sie machen nur noch schlimmer weiter. Deshalb benötigen wir die Schuldenbremse in der Landesverfassung, so wie von uns beantragt.

Außerdem benötigen wir eine verfassungsrechtlich saubere Kompetenzerweiterung des Landesrechnungshofes. Es muss Schluss damit sein, dass Sie die Hinweise der Experten regelmäßig in den Wind schlagen und unser Land auf Generationen verschulden.

Meine Damen und Herren, man kommt ja nicht umhin, das zu erwähnen, denn Armin Laschet will ja Kanzler werden. Die FDP will den Bundes-

finanzminister stellen. Von beiden ist bei dieser Haushaltsvorlage nichts zu spüren: keine Anstrengungen, keine Ideen, kein Konzept. Das hat Auswirkungen. Noch zweieinhalb Wochen bis zur Bundestagswahl, und noch nie seit 1949 hatten wir eine derart miserable Personalauswahl an Kanzlerkandidaten.

Der Bürger, so suggerieren es die Medien, hat angeblich nur noch die Wahl zwischen drei nicht einmal mittelmäßigen Kandidaten, es geht nur noch um das kleinste Übel. Da ist Olaf Scholz – der Mann, den seine Partei als Vorsitzenden für sich selbst abgelehnt hat, die ihn aber nun, aller Logik zum Trotz, zum Vorsitzenden aller Deutschen machen will. Man kann sagen: Die Sozis wollten ihn selbst nicht haben, um ihn nun ins Kanzleramt zu entsorgen, ganz so, als sei das Kanzleramt mittlerweile die EU, wo wir eine Versagerin wie Frau von der Leyen dafür belohnen, dass sie zuhause die Bundeswehr hat verrotten lassen.

Eine Koalition mit der radikalen Linkspartei schließt Scholz nicht aus. Das kann er auch gar nicht, denn seine SPD möchte das ja mehrheitlich, nämlich eine rot-rot-grüne Regierung mit der vom Verfassungsschutz wegen Extremismus observierten Linkspartei.

(Zuruf von der SPD: Wer im Glashaus sitzt ...!)

Lieber will Scholz natürlich, zumindest persönlich, dass die FDP, die ihre Wähler mit viel Show und Rhetorik vor den Wahlen angelockt hat, diese nach der Wahl verrät und in sein linkes Bettchen steigt. Klar, genau das ist von der FDP auch zu erwarten. Vor der Wahl bringt Wolfgang Kubicki Sprüche bei der Bild, aber nach der Wahl will Christian Lindner mit Baerbock, Esken und Hofreiter regieren. Sie hofft, dass Wolfgang Kubicki in den Talkshows die Wähler fischt, dort gegen die absurden Coronabeschlüsse auftritt, die wir auch hier in NRW hatten. Aber – und das sinnbildlich – zur Abstimmung hier im Plenum hebt die FDP immer brav die Hand. Besser als die FDP selbst kann man die FDP nicht erklären.

Scholz ist nun mit etwas über 20 % in einer angenehmen Situation – wir kommen nachher auch noch auf Armin Laschet zu sprechen –, denn wie beim Mikado-Spiel wartet er auf die Fehler der anderen, während seine diversen Skandale – ich nenne nur den linken G20-Terror, die Finanzskandale rund um Cum-Ex, die Wirecard-Affäre – möglichst nicht zum Thema werden sollen.

Im Hintergrund lauern schon schmallippig Saskia Esken – Zitat: Ich bin Antifa – und Norbert Walter-Borjans, den wir in Nordrhein-Westfalen noch in schlechtester Erinnerung haben, weil er als Finanzminister laufend verfassungswidrige Haushalte vorlegte, die dann durch die Gerichte kassiert wurden. Diese Leute wollen oder sollen jetzt ernsthaft Verantwortung für unser Land übernehmen. Meine Damen und Herren, das ist einfach nur noch grotesk.

Dazu der Afghanistan-Totalausfall Heiko Maas und Typen wie Enteignungs-Kühnert oder der Berufspöbler Stegner. Als Ersatz für die dem Lockdown zum Opfer gefallenen Volksfeste bietet die SPD ein Gruselkabinett mit Geisterbahnfaktor. Auch ich gehe gerne mal in die Geisterbahn, aber in der Regierung muss ich so etwas nicht haben

(Wolfgang Jörg [SPD]: Jeder sucht sich den Nebenjob, den er haben kann!)

Dann war da irgendwann noch mal eine Dritte im Bunde, von den linken und den linksgrünen Medien zuerst hochgejubelt und nun tief gestürzt. Die Völkerrechtlerin und vermeintliche Buchautorin Annalena Baerbock müht sich nun verzweifelt, nicht noch mehr peinliche Fälschungen ihres Lebenslaufes hochkommen zu lassen, und hat ansonsten genug damit zu tun, sich neue Verbote für die Menschen auszudenken. Ihre grüne Jugend propagiert derweil bei Twitter „Wir sind linksextrem“, hält Polizisten für Rassisten und die deutsche Fahne für Nazi.

Auffällig ist auch: Auch sie ist nicht Spitzenkandidatin, weil sie die Beste oder sagen wir die Erfolgversprechendste wäre – das wäre Robert Habeck gewesen –, nein, sie es nur aus einem einzigen Grund: Es ist die Zwangsfrauenquote.

Und Armin Laschet? – Gegen diese beiden Kandidaten eigentlich in einer Traumsituation, zerlegt er die CDU endgültig. Auch er von der Partei nicht gewollt, die wollte eigentlich Merz und Söder, wird er den Deutschen als Kandidat vor die Nase gesetzt. Er bringt heute hier in NRW seinen so oder so vermutlich letzten Landeshaushalt ein.

Ich frage mich: Was ist eigentlich mit Armin Laschet los? – Ich hätte es ihn gerne persönlich gefragt, aber wie gesagt, er ist ja nicht da. Er will doch angeblich Kanzler werden, auf jeden Fall hatte er das mal vor. Nun hätte er heute die Möglichkeit gehabt, in Nordrhein-Westfalen zu beweisen, dass er das kann, dass er solide und bürgerliche Finanz- und Haushaltspolitik betreiben kann. Er hätte damit nicht nur den Bürgern Nordrhein-Westfalens einen Gefallen getan, nein, er hätte auch der Nation beweisen können, dass er kanzlertauglich ist. Dann legt er hier einen solchen Haushaltsentwurf vor. Das verstehe ich nicht, und es ist auch nicht meine Sache, ihm oder der CDU gar Wahlkampftipps zu geben. Aber mit diesem Haushalt hat er seine nächste Chance versiebt.

Für die 87,5 Milliarden Euro Haushaltsvolumen sind die Menschen morgens aufgestanden, haben ihre Familie versorgt, sind zur Arbeit gefahren und haben beim Einkauf, beim Tanken und dafür, dass sie überhaupt arbeiten gehen, Steuern bezahlt: 87,5 Milliarden Euro in die Hände der Landesregierung. Damit hätte man viel Gutes bewerkstelligen können.

Wissen Sie, in allererster Linie stehe ich als Bürger hier, als Steuerzahler und Familienvater. Ehrlich

gesagt, gilt für mich wie für die allermeisten Menschen: Man zahlt seine Schulden zurück. Bei dem einen dauert es etwas länger, bei dem anderen geht es etwas schneller. Das ist nicht nur moralisch richtig, es gibt einem auch ein gutes Gefühl. Schuldenfreiheit ist daher ein Wert an sich, und das gilt im Privatleben genauso wie für den Staat. Ihnen muss man diese einfachen Wahrheiten immer und immer wieder vorhalten, trotzdem halten Sie sich nicht daran. Das, meine Damen und Herren, ist nicht wählbar.

(Beifall von der AfD)

Es ist daher kein Wunder: Wenn wir den Umfrageda-ten trauen können, dann verhandeln wir heute wo-möglich den letzten Haushalt, den Armin Laschet je-mals vorlegen wird. Nur 9 % wollen ihn als Kanzler, die CDU steht bei ganzen 19 %. Er wusste vorher, dass die Union mit Merz und Söder mehr Chancen gehabt hätte, aber ob seines Tunnelblicks, seines Ehrgeizes war eben seine Kompetenz, richtige Ent-scheidungen zu befördern, getrübt – und auch die Kompetenz der gesamten CDU-Führung.

Jetzt haben wir also drei Kandidaten, die ihre jewei-lige Partei eigentlich gar nicht wollte, und daraus hat das Volk nun auszuwählen. Es ist schon ganz schön bitter, wo die alten Parteien mittlerweile angekom-men sind.

Armin Laschet verabschiedet sich jetzt womöglich aus der politischen Landschaft, das dann aber zu-mindest angemessen mit einem Haushaltsentwurf, der so ambitionslos ist wie sein Wahlkampf als Kanz-lerkandidat.

Dazu Fettnapf an Fettnapf, erst gerade wieder: miss-lich. Armin Laschet hält die Aufnahme von afghani-schen Straf- und Sexualtätern, von potenziellen Ter-roristen für misslich. Es ist diese ganze Denk- und Herangehensweise, die uns als AfD von Ihnen unter-scheidet. Das ist nicht misslich, sondern ein Staats-versagen, welches sich innerhalb eines noch viel größeren Staatsversagens abgespielt hat.

(Beifall von der AfD)

Wir sind 20 Jahre in Afghanistan und machen dort was? Was eigentlich sollte erreicht werden, und was wurde erreicht – planlos, strategielos, aber dafür Mil-liarden teuer? Die zurückkehrenden Soldaten wur-den nicht einmal empfangen, kein Dank, nichts. Die Evakuierung wurde verschlafen.

Dann hieß das neue Zauberwort „Ortskräfte“. Dar-über kann man ja reden. Auf AfD-Anfrage hieß es, das seien 500 oder 600. Und nun? – Schon jetzt sind rund 5.000 Menschen aus Afghanistan auf deut-schen Flughäfen gelandet. Gerade mal 168 von ihnen sind Ortskräfte, 469 sind deutsche Staatsbür-ger. Gleichzeitig konnten 257 Menschen komplett ohne Ausweispapiere nach Deutschland einreisen. Die Wahrheit ist also: Die Bundesregierung evaku-ierte mehr Menschen, deren Identität komplett unklar

ist, als Ortskräfte. Das deckte die Bild-Zeitung auf, und Armin Laschet meint, 2015 dürfe sich nicht wie-derholen.

Meine Damen und Herren, es wiederholt sich bereits. Es wiederholt sich die ganze Zeit, weil sich der staat-liche Kontrollverlust Tag für Tag wiederholt. Deswe-gen kann Armin Laschet hier erzählen, was er will. 2015 steht schon wieder vor der Tür. Wer die Bilder der iranisch-afghanischen Grenze gesehen hat, der weiß, was auf uns zukommt. Sie wissen es auch, und Sie werden wieder nichts dagegen tun, wie Sie schon damals nichts dagegen getan haben.

(Beifall von der AfD)

Wer kommt denn da so in unser Land spaziert? – Da-runter ist zum Beispiel Sardar Muhammed M., der wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern in Deutschland zu acht Jahren und drei Monaten Haft verurteilt wurde.

(Zuruf)

Er hatte seine Tochter über Jahre sexuell missbraucht. Der erste Übergriff erfolgte, als die Tochter neun Jahre alt war. Im Februar 2019 wurde er nach Afgha-nistan abgeschoben. Nun ist er zurück in Deutsch-land und in Haft. 177 Tage muss er noch absitzen, dann kommt er frei, obwohl von ihm laut Behörden Wiederholungsgefahr ausgeht.

Aber Herr Löttgen hat ja eben schon gesagt, der Kampf gegen Kindesmissbrauch habe gerade erst begonnen. Da er gerade erst begonnen hat, brau-chen wir keinen Import von Kindersextätern aus Af-ghanistan nach Deutschland.

(Beifall von der AfD)

Oder Omed F., verurteilt wegen sexueller Nötigung und Vergewaltigung. Im Februar wurde er abgescho-ben. Eigentlich hatte er ein Einreiseverbot bis Feb-ruar 2024, doch die Bundesregierung holte ihn zu-rück. Jetzt läuft der Vergewaltiger als freier Mann durch Deutschland.

Das findet Armin Laschet misslich. CDU, FDP, SPD und allen voran die Grünen nennen das dann wohl Willkommenskultur. Für die AfD sage ich klar und eindeutig: Ich heiße solche Menschen nicht willkom-men. Raus mit ihnen, und zwar umgehend. Ich will hier keine Kinderschänder aus Afghanistan.

(Beifall von der AfD)

Aber da hat NRW das nächste Problem. Der zustän-dige Minister ist Joachim Stamp von der FDP. Die Zahlen in seinem Verantwortungsbereich sind erschreckend: 75.724 ausreisepflichtige Personen, ein neuer Negativrekord. Seine, also Stamps, Reaktion: ganze 718 Rückführungen inklusive der Dublin-Überstellungen aus Nordrhein-Westfalen. Nicht ein-mal 1 % wird also abgeschoben.

Man sieht es in unseren Innenstädten, wo sich immer mehr Mitteleuropäer nicht mehr heimisch fühlen. Dazu kommen Gefährder und terroristisch relevante Personen, Stand 30.06.2021: 376 Personen im Bereich „Islamismus“. Davon abgeschoben: 11. Ich wiederhole: 11! Das sind 2,9 % der terroristischen Gefährder. Das ist nicht etwa die Verantwortung von Grünen wie Claudia Roth oder Anton Hofreiter, das ist die Bilanz von FDP und CDU in Nordrhein-Westfalen. Für uns als AfD ist das Ziel klar: 100 % dieser ausreisepflichtigen Kriminellen müssen abgeschoben werden – 100 %, meine Damen und Herren. Das muss das Ziel sein.

(Beifall von der AfD)

Schauerlich ist der Blick auf die Infrastruktur: die Brücken – marode, die Straßen – Staus und Schlaglöcher, die Baustellen – schlecht geplant, die Bahn – unpünktlich, Mobilfunk – Funklöcher. Glasfaser, schnelles Internet, 5G haben wohl noch etwas Zeit, wenn es nach Ihnen geht.

Was haben Sie über die Jahre mit dem Geld der Menschen gemacht? – Firlefanz wird finanziert, Gendersternen, Tanzen gegen rechts. Islamverbände werden gefördert, ausreisepflichtige Flüchtlinge bezahlt, Diäten erhöht. Für jeden Mist ist Geld da, aber Geld für die Kernaufgaben des Staates nicht, zumindest zu wenig.

Es fehlt Geld für die Schulen, die Lehrer, Richter, ein ordentliches Baustellenmanagement, für Familien mit Kindern, für die Polizisten. Gemeinsam haben Sie die Polizei kleingespart. Das haben Sie jetzt zwar gestoppt, aber für die eigentlich nötigen 60.000 Polizisten ist das Geld, besser gesagt: der Wille, nicht da. Es bleibt bei 42.000. Nach Adam Riese benötigen wir 18.000 zusätzliche Polizisten, aber Sie setzen die Priorität anders. Auch darüber kann der Bürger bei der nächsten Wahl entscheiden.

Dann sind da noch die Kosten für Ihre zum Teil absurden Anticoronamaßnahmen von 25 Milliarden Euro. Die 25 Milliarden sind dabei vollständig auf Pump.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es ist Geld, welches eigentlich gar nicht da ist, weil Sie es an anderen Stellen verbraten haben, weil Sie eben nichts zurücklegen. Die Kosten und Schäden der Coronamaßnahmen, die an die Billionengrenze gehen, müssen aber auch eingeordnet werden, was ich hier gerne noch einmal tun will.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– „Diese Corona-Politik ist falsch“, Herr Hovenjürgen, schreibt die Bild-Zeitung. Und sie schreibt weiter:

(Zuruf von den Grünen)

„Die Corona-Politik der Bundesregierung“

– und damit auch die der Landesregierung –

„hat mit der Realität nichts mehr zu tun. Seit anderthalb Jahren erzählt uns die Regierung, dass ihre Maßnahmen wirken und Lockerungen gefährlich sind.“

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Beides ist falsch.

(Beifall von der AfD)

Die Regierung behauptet, dass Schwedens Corona-Kurs gescheitert ist. Fakt ist: Seit einem Jahr verläuft die schwedische Todeskurve parallel zur deutschen. Mit dem Unterschied, dass Deutschland sechs Monate im Lockdown war, aber Schweden keinen einzigen Tag.

Doch nahezu alles, womit uns die Regierung Angst macht, wurde von der Realität komplett widerlegt. Dass sie einfach so weitermacht, schadet Deutschland.“

Das schreibt nicht die AfD-Parteizeitung, sondern die Bild, die übrigens meiner Partei jedes Interview verweigert.

Nach Englands Freedom Day und Schwedens Anti-Lockdown-Politik sind nun auch in Dänemark, wie wir wissen, fast alle Coronamaßnahmen abgeschafft. Selbst Masken sind im Straßenbild kaum noch zu sehen.

Was ist mit Armin Laschet? – Zunächst hat er ein verfassungswidriges Coronagesetz vorgelegt. Dann sagte er hü und hott zu den Masken, schlingerte so 16 Monate durch die Gegend zwischen Lockerung und Verschärfung, hat zwischendurch mit den Inzidenzzahlen gewürfelt. Die Zahl war mal 165, dann war es 10, dann war es 200, dann war es 35, dann war es 50 und was weiß ich noch alles. Zur neuen Hospitalisierungsquote hat er erst überhaupt keinen substanziellen Vorschlag gemacht. Im Parlament – wir haben es alle noch in Erinnerung – begründet er vormittags wortreich irrsinnige Bundes-Lockdowns, um sie dann am selben Tag mittags wieder zurückzunehmen.

Anstatt die Risikogruppen zu schützen – auch das muss hier noch mal gesagt werden –, wie wir es wieder und wieder gefordert haben, die Gruppen, die in den 16 Monaten über 80.000 der 90.000 Toten ausmachten – dabei gibt es viele Wissenschaftler, die diese Zahl als solche bezweifeln, die sie für übertrieben halten –, schickten Sie uns alle in einen Lockdown nach dem nächsten.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Anstatt aus diesem Wahnsinn jetzt endlich auszuweichen, bleiben Sie weiter auf dem Spielfeld der nachweislich falschen Prämissen und Zielvorgaben der Leute, die jetzt Geimpfte gegen Ungeimpfte aufhetzen.

Meine Damen und Herren, ob Armin Laschet, Olaf Scholz oder – Gott bewahre – Annalena Baerbock, der Wähler hat drei Kandidaten, die sich nicht groß unterscheiden, und er hat uns als AfD, die auf Vernunft, Augenmaß und die Balance zwischen Gesundheit, Sicherheit und Freiheit setzt, die auch mal in andere Länder schaut, die auch andere Wissenschaftler zu Wort kommen lässt und abwägt, die als einzige Partei die Grundrechte verteidigt.

(Beifall von der AfD)

Als hätten die Menschen mit den Coronamaßnahmen nicht genug zu tun, mussten viele nun auch noch die Flutkatastrophe und ihre Folgen ertragen. 57 starben allein in und aus NRW. Viele verloren Haus und Hof, noch mehr, ihr Hab und Gut. Aber auch bei dieser Jahrhundertflut hat nicht nur Herr Laschet persönlich, sondern die gesamte Landesregierung keine gute Figur abgegeben.

Die AfD hat deshalb sofort einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss beantragt. Der darf nicht nur die individuellen Fehler der Flutnacht beleuchten, sondern er muss auch aufklären, warum Sie alle hier den Katastrophenschutz so sträflich vernachlässigt haben.

2018 haben wir 20 Millionen Euro für den Hochwasserschutz beantragt. Wir haben auf die Gefahren und auf die Dringlichkeit hingewiesen. Ihre Antwort: Ablehnung – Ablehnung von CDU, Grünen, SPD und FDP. Frau Brems von den Grünen verstieg sich sogar dazu, den Antrag als – Zitat – Realsatire und Aluhut-Antrag von Rechtspopulisten und Klimawandel-Leugnern zu titulieren.

Nun wird diese peinliche Aussage zur Blamage. Denn was die tatsächliche, allerdings für viele Menschen sehr bittere Realsatire ist, das hat sich nun gezeigt, und dafür sollten Sie sich schämen.

(Beifall von der AfD)

Ich will gar nicht wissen, was allein durch diesen Antrag hätte verhindert werden können. Ihre Ablehnung, Ihre Ignoranz, Ihre Arroganz haben jedenfalls niemandem geholfen. So viel ist sicher, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Sicher ist ebenfalls: Auch bei der Flut versagte der teure WDR. Der WDR presst den Bürgern Milliarden Zwangsgebühren ab. Sein Intendant Tom Buhrow bekommt 400.000 Euro Salär im Jahr. Aber wenn es darum geht, seinen öffentlich-rechtlichen Auftrag zu erfüllen, so wie er im Staatsvertrag niedergeschrieben steht, um seine Zwangsgebühren endlich mal etwas zu rechtfertigen, spielt er Musik aus der Playlist, anstatt die Bürger zu warnen, anstatt unnötige Opfer und Schäden zu verhindern. Es ist schon ein Armutszeugnis, was der WDR da abgeliefert hat.

Gerade angesichts der neuerlichen Gebührenerhöhung muss ich erneut die Frage stellen: für was denn eigentlich? Dafür, dass im WDR der chinesische Diktator und sozialistische Massenmörder Mao zur besten Sendezeit als Mann mit großem Weitblick gelobpreist wird? Dafür, dass die FDP im Klimaranking von Platz eins auf Platz fünf fällt, weil die grünen Redakteure das eben so meinen? Dafür, dass die AfD so gut wie überhaupt nicht zu Wort kommt? Auch Herr Laschet war jetzt ein paarmal von dieser Art Berichterstattung – man muss eher sagen: Propaganda – betroffen.

Wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk meint, mit seinen Zwangsgebühren als Wahlkampfagentur von Rot und Grün agieren zu wollen, bitte. Aber dann soll er sich seine Zwangsgelder auch von denen holen. Oder – das wäre mein Vorschlag – die Rundfunkgebühr wird über den Mitgliedsbeitrag der Grünen entrichtet. Das wäre zumindest stringent.

Als einzige Partei in Deutschland sprechen wir uns nicht nur gegen die Erhöhung der Beiträge aus, sondern auch für eine grundsätzliche Reform und Verschlankung. Es kann doch nicht sein, dass ein Mann wie Georg Thiel, der keinen Fernseher und kein Radio besitzt, monatelang in Haft sitzt, weil der WDR meint, er müsse trotzdem bezahlen. Mit uns als AfD wird es so etwas nicht mehr geben. Mit uns werden Menschen wie Georg Thiel nicht mehr in Haft sitzen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Wer hingegen bei uns in Haft säße oder noch besser gar nicht da wäre, das sind die türkisch-arabischen Clans, die sich hier seit 40 Jahren unter Rot, Grün, Gelb und Schwarz ausbreiten und die spätestens seit 2015 Konkurrenz von immer neuen Clans und Mafiaverbindungen aus Syrien, dem Irak oder Nigeria bekommen. Da möchte sich die Landesregierung für sogenannte Nadelstiche feiern lassen. Das ist tatsächlich auch besser als nichts.

Das Problem ist: Wenn ich den Innenminister frage, wie viele kriminelle Clanmitglieder abgeschoben wurden, dann weiß er keine Antwort. Während also CDU und FDP die Clanmitglieder, die schon im Land sind, nicht abschieben, wollen sie zudem explizit weiter die Grenzen nicht schützen. So kommen die Nächsten und Übernächsten.

Herr Lienenkämper, betreffend die innere Sicherheit genügt vielleicht ein Blick in die Düsseldorfer Altstadt. Nur wenige Meter vom Büro Armin Laschets entfernt zeigt sich die ganze Dramatik der völlig verfehlten Politik in den Bereichen „Migration“ und „Sicherheit“.

Viele Deutsche und gut Integrierte trauen sich in den späten Abendstunden nicht mehr in die Altstadt, nicht mehr an den Rhein. Die Königsallee ist am Wochenende nachts gesperrt. Am Rheinufer sind Poller und Schranken verbaut. Es herrscht das Gefühl von

Unsicherheit. Immer wieder kommt es zu Messerstechereien, Körperverletzungen und Bedrohungen. Die Täter – das ist nun einmal Tatsache – sind nahezu ausnahmslos muslimische junge Männer.

Gehen Sie nachts doch einmal am Rhein entlang. Gehen Sie nach 0 Uhr oder 1 Uhr in die Altstadt. Ich fordere Sie auf: Erleben Sie mal, was Ihre Politik für die Menschen bedeutet. Sie fühlen sich unwohl, haben Angst, meiden bestimmte Straßen und Plätze. Die, die überhaupt noch kommen, feiern unter Polizeischutz und gehen deutlich früher nach Hause.

Sie haben eben gesagt, die innere Sicherheit sei besser geworden, und haben sich dabei auf die Kölner Silvesternacht bezogen. Herr Lienenkämper, wissen Sie was? – Jeden dritten Tag erleidet eine Frau in Nordrhein-Westfalen eine Gruppenvergewaltigung. Jeden dritten Tag muss eine Frau in Nordrhein-Westfalen am Körper erleben, was diese Kölner Silvesternacht bedeutet. Das ist nicht unsere Ansicht von Sicherheit, Herr Lienenkämper, dessen können Sie gewiss sein.

(Beifall von der AfD)

All das können die Bürger ändern; sie haben die Wahl.

Sie wollen die Staatsschulden nicht zurückzahlen? – Wählen Sie CDU, SPD und Grüne. Sie wollen bürgerliches Haushalten? – Sie haben die AfD.

Sie wollen ungesteuerte Masseneinwanderung? – Sie haben drei Kandidaten. Sie wollen mit den gut assimilierten Menschen ausländischer Herkunft gerne zusammenleben, aber keinen Verlust Ihrer Heimat und Ihrer Sicherheit? – Sie haben uns, die AfD.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Sie wollen Geimpfte und Ungeimpfte gegeneinander aufhetzen? – Das können Sie bei den anderen haben. Sie wollen endlich wieder normale Maßstäbe, auch bei Corona? – Dafür steht die AfD.

Sie wollen, dass Benzinpreise, Rundfunkgebühren, Strom und Mieten weiter steigen? – Wählen Sie CDU, SPD oder Grüne.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Gegen steigende Spritpreise zu sein, ist eine AfD-Position, empört sich gestern doch tatsächlich CDU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus. Da mag er sich empören, aber ich bin sicher: Die Menschen sind über das Steigen der Spritpreise empört und nicht darüber, dass wir als AfD dagegen sind, und zwar als Einzige.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Meine Damen und Herren – ich bin sofort am Ende –, Sie wollen Freiheit, Sicherheit und Wohlstand, Sie wollen endlich wieder normale Zustände, dann sind wir Verbündete. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Abgeordneter Wagner. – Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2a angekommen und können gemeinsam zu Tagesordnungspunkt 2b – Einbringung des Entwurfes des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2022 – übergehen. Dazu erteile ich sehr gerne Frau Ministerin Scharrenbach für die Landesregierung das Wort.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Einbringung des Haushalts der Landesregierung für das folgende Jahr ist zugleich auch immer die Einbringung zur Finanzierung unserer Gemeinden, in dem Fall für das kommende Jahr 2022.

Es gilt das, was in den Jahren seit 2017 bei dieser Landesregierung galt: Die Landesregierung ist verlässlicher Partner der 427 Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen, und das setzen wir auch im kommenden Jahr fort.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die Herausforderungen der Gemeindefinanzierung sind klar und liegen auf der Hand. Die Gemeindefinanzierung bildet immer auch die wirtschaftliche Kraft und Entwicklung ab, indem letztendlich Anteile an Steuern über Finanzausgleichssysteme an die Kommunen weitergegeben werden.

Seit März 2020 haben wir natürlich eine unsichere wirtschaftliche Entwicklung. Es hat coronabedingt wirtschaftliche Einschränkungen gegeben. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat früh, am 31. März, ein kommunales Schutzpaket mit acht Punkten auf den Weg gebracht, weil wir den Kommunen, unseren Städten und Gemeinden, der Basis unserer Demokratie, die Sicherheit und das Vertrauen geben wollten und wollen, dass sie gut durch die Coronazeit kommen.

Wenn wir das Haushaltsjahr 2020 betrachten, dann stellen wir fest, dass dies gut gelungen ist. Wir haben zusammen mit der Bundesregierung einen Gewerbesteuerfinanzausgleich über 2,7 Milliarden Euro gemacht, wir haben Haushaltsregeln geändert, und wir